Der Proletarier.

Organ des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hülfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

№ 18. | Diese Zeitung erscheint alle 14 Tage Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 65 Pf. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482. Geschäftsinserate pro 3gespaltene Zeile oder deren Raum 25, für Zahlst. 15 Pf. Off.-Annahme 10 Pf.

Hannover, Sonnabend, den 1. September 1906.

Verlag: A. Lohrberg, Hannover, Münzstr. 5. Verantwortlicher Redakteur: August Brey, Hannover, Münzstraße 5, III. Fernsprech-Anschluß 3002. Druck von E. A. H. Meister & Ko., Hannover.

15. Jahrg.

Ausschreibung.

Gemäß der auf dem Verbandstage zu Leipzig gefaßten Beschlüsse werden folgende Aemter zur Bewerbung für die Verbandsmitglieder ausgeschrieben:

1. Redakteur des „Proletarier".

Reflektierende wollen einen Aufsatz über die Aufgaben der Gewerkschaften, deren Presse, insbesondere unseres Organs unter der Aufschrift „Redakteur" einsenden. Anfangsgehalt 2000 Mark, steigend jährlich um 100 Mark bis zu 2700 Mark.

2. Ein Gauvorsitzender für Schlesien.

Bewerber soll der deutschen und der polnischen Sprache mächtig sein.

Bewerber haben die Schilderung ihres Lebenslaufes und ihrer seitherigen Tätigkeit schriftlich einzusenden, dabei sind Angaben über Tag und Jahr der Geburt und Eintritt in den Verband zu machen. Außerdem ist eine selbstständige schriftliche Arbeit einzusenden über folgende Fragen:

1. Wie ist die Agitation unter unseren Kollegen am erfolgreichsten zu betreiben?
2. Wie hat sich der Gauvorsitzende bei bevorstehenden und ausgebrochenen Arbeitseinstellungen und Aussperrungen zu verhalten?
3. Wie ist die innere Leitung und zweckmäßige Verwaltung einer Zahlstelle zu gestalten?
4. Wie nimmt man die Revision einer Zahlstelle vor?

Die Bewerber müssen Kenntnis der sozialpolitischen Gesetze haben und zur Abhaltung von Vorträgen befähigt sein.

Das Anfangsgehalt ist 1800 Mark, jährlich steigend um 100 Mark bis zum Höchstbetrage von 2400 Mark.

3. Ein Leiter der Agitation unter den auf Ziegeleien beschäftigten Personen.

Bewerber wollen die Schilderung ihres Lebenslaufes und eine schriftliche selbständige Arbeit einsenden über:

1. Lage der Arbeiter auf Ziegeleien.
2. Wie ist diese zu bessern?
3. Wie ist die Agitation unter den auf Ziegeleien beschäftigten Kollegen am erfolgreichsten zu gestalten?

Die Bewerber müssen längere Zeit in Ziegeleien tätig gewesen sein.

4. Zwei Bureauangestellte.

Diese haben Bureauarbeiten mit zu verrichten, müssen im Rechnen bewandert, flotte Handschrift besitzen und in der Lage sein, die Expedition des „Proletarier" mit zu besorgen.

Diese Bewerber haben eine schriftliche Arbeit über die allgemeinen Aufgaben unserer Organisation einzureichen.

Die Gehaltsskala der unter 3 und 4 aufgeführten Stellungen ist: Anfangsgehalt 1800 Mark, steigend jedes Jahr nm 100 Mark bis zum Betrage von 2400 Mark.

Die Anstellung der unter Ziffer 1 bis 4 aufgeführten Personen erfolgt zunächst provisorisch, nach Ablauf eines Vierteljahres endgültig unter vierteljähriger Kündigung.

Die Bewerbungen sind bis zum 29. September d. J. an Unterzeichneten einzusenden.

Alle Bewerbungen müssen durch Aufschrift erkennen lassen, für welche Stellung sie gelten sollen.

Hannover, 27. August 1906.

J. A.: Aug. Brey,
Münzstraße 5, 3. Etage links.

Zur Beachtung.

Am 3. und 4. Juni d. J. tagte in Magdeburg eine Konferenz der auf Ziegeleien beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen, die sich mit der Lage der Ziegeleiarbeiter und den gesetzlichen und organisatorischen Maßnahmen befaßte, die im Interesse der Ziegler durchgeführt werden sollen.

In den Verhandlungen hat die Lage der Arbeiter auf Ziegeleien eine grelle Beleuchtung erfahren. Es ist nicht nur dargelegt worden, wie die Behandlung, der Lohn, die Arbeits- und Wohnungsverhältnisse so äußerst bedürftig sind, sondern es ist auch der Weg gezeigt, wie eine Verbesserung herbeigeführt werden kann.

Ueber die Verhandlungen ist ein eingehendes, 52 Druckseiten umfassendes Protokoll herausgegeben worden. Sollen die Verhandlungen so wirksam sein, wie sie es verdienen, so muß auf eine gute Verbreitung dieses Protokolls unter den Ziegeleiarbeitern bedacht genommen werden.

Die Orte, an denen bereits auf Ziegeleien beschäftigte Personen der Organisation angehören, haben das Protokoll schon bekommen. Da, wo noch Exemplare gewünscht werden, ist uns Nachricht zu geben.

Die Protokolle werden unentgeltlich abgegeben.

Wir ersuchen die Kollegen, die Verteilung zu einer lebhaften Agitation unter den auf Ziegeleien beschäftigten Kollegen zum Eintritt in unseren Verband zu benutzen.

Gleichzeitig ersuchen wir, die Bestellungen für das Verbandstags-Protokoll und den Notizkalender aufzugeben.

Eine Anzahl Verbandsorte hat den Notizkalender für 1906 noch nicht bezahlt. Wir ersuchen, die Bezahlung gleich vorzunehmen. In nächster Nummer gelangen die Orte zur Veröffentlichung, die mit Begleichung der Kalender noch restieren.

Mit koll. Gruß

J. A.: **Aug. Brey.**

Der VIII. Verbandstag.

Der Verbandstag verpflichtete die Zahlstellen durch Mehrheitsbeschluß, sämtliche Einnahmen, welche für die Lokalkassen zu verrechnen sind, in die Abrechnungen der Lokalkassen einzustellen. Das ist ja schon Bestimmung des Statuts, aber daß der Verbandstag diesen Beschluß fassen mußte, beweist, daß die Mehrzahl der Zahlstellen den Beschluß nicht innehielt, oder ihn dadurch umging, daß nur die Einnahme aus den Prozenten, der Bestand der Lokalkasse und die der Verbandskasse zurückbehaltenen Gelder zur Verrechnung kamen. Daraus ergaben sich Schwierigkeiten, besonders für die Zahlstellen. Eine genaue Revision der Lokalkasse wurde dadurch unmöglich. Wenn der Vorstand einen Gauleiter zur Revision einer Zahlstelle sendet, kann er eine Aufstellung über die Einnahmen der Lokalkasse fast nicht geben. Lediglich, um diesem Uebelstand abzuhelfen, kam der Antrag zur Annahme. Außerdem wird aber auch aus den Lokalkassen Unterstützung mancherlei Art gewährt, die als Leistungen des Verbandes nicht unbedeutend sind. Sie erscheinen heute nicht in der Statistik, weil ja nicht darüber abgerechnet wird. All diesem will der Antrag abhelfen.

Bei dem Punkt der Tagesordnung „Grenzstreitigkeiten" erhielten die Vorschläge der Konferenz der Vorstände die Zustimmung. Die Uebertrittsbestimmungen, welche von der gleichen Konferenz empfohlen worden sind, sollen mit einzelnen Ausnahmen Beachtung finden. Der Kartellvertrag mit dem Vorstand des Verbandes der Bauarbeiter fand Zustimmung gegen 6 Stimmen. Die auf der Zieglerkonferenz beschlossene Resolution wurde einstimmig angenommen.

Die Karenzzeit für Rechtsschutz ist von 12 auf 6 Monate herabgesetzt worden.

Der Verbandstag hat in namentlicher Abstimmung fast einstimmig den Wochenbeitrag auf 40 Pf. erhöht. Schon der an Einstimmigkeit grenzende Beschluß beweist die Notwendigkeit der Beitragserhöhung. Die Delegierten konnten sich des Eindruckes nicht erwehren, daß die in den letzten Jahren immer mehr an Zahl, Umfang und Dauer zunehmenden Kämpfe die Erhöhung des Beitrages notwendig machten. Wenn da die Organisation der Erreichung ihres Zieles: Erringung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen und Verteidigung der im Kampf errungenen Lohnhöhe, gerecht werden soll, dann muß sie auch die erforderlichen Mittel zur Verfügung haben. Der Einwand, unsere Verbandsgenossen seien an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit angelangt, konnte für die Delegierten des Verbandstages nicht maßgebend sein. Gewiß ist es richtig, daß unsere Kolleginnen und Kollegen niedrig, ungenügend bezahlt werden. Daraus folgt aber nicht, daß ein Beitragsminimum eingehalten werden muß, sondern daß nach einer besseren Bezahlung gestrebt wird. Wir streiken nun nicht aus Lust und Liebe zum Kampf, um dadurch die Arbeiter in steter Unzufriedenheit erhalten zu können, sondern für uns ist der Ausstand das Mittel, welches in der Lohnbewegung angewandt wird, wenn alle Mittel der Verständigung versagt haben. Daß nun unsere Kollegen der friedlichen Durchführung einer Lohnbewegung vor einem Streik den Vorzug geben, beweist die Zahl der Lohnbewegungen, die ohne Arbeitseinstellungen, auf dem Wege des Vergleiches durchgeführt worden. Sind doch in 108 Zahlstellen und 307 Betrieben für 21 763 Beteiligte Verbesserungen des Arbeitsverhältnisses erreicht worden. Aber der Wunsch der Verbandsleitung, das Streben unserer Verbandsgenossen, Lohnaufbesserungen, Verkürzung der Arbeitszeit, günstigere Gestaltung der Fabriksordnungen zu erringen, ohne weitgehende Einbuße an Lohn und ohne alle die Begleiterscheinungen, die ein Lohnkampf mit sich bringt, entscheidet nicht allein. Der Widerstand der Unternehmer, die da dem Grundsatz huldigen, Erhöhung der Lohnrate verringert die Profitrate, spricht auch ein Wort mit. Daß dieser Widerstand geringer geworden, kann, wenn man sich die Kämpfe der letzten Jahre ins Gedächtnis rückt, nicht behauptet werden. Er ist vielmehr gewachsen, er wird in steigendem Maße zunehmen. Da geht es nicht an, diesem Widerstand aus dem Wege zu gehen. Es liegt nicht im Interesse der Mitglieder, Lohnforderungen der Mitglieder, die auf dem Wege der Verhandlung mit den Unternehmern nicht zur Entscheidung kamen, einfach zurückzustellen, sondern die Finanzkraft des Verbandes muß so gestärkt werden, daß die Forderungen unserer Kollegen durchgeholt werden können. Das liegt nicht nur im Interesse unserer Mitglieder, sondern entspricht auch dem Wesen und den Zielen unseres Verbandes. So betrachtet, werden auch die Verbandsgenossen so einhellig wie der Verbandstag zur Ueberzeugung kommen, daß die Beitragserhöhung ein guter, die Interessen der Mitglieder fördernder Beschluß war.

Die von mehreren Verbandsorten angeregten Staffelbeiträge haben eine Mehrheit auf dem Verbandstag nicht gefunden. Es wird wohl auch niemand bezweifeln können, daß es in unserer Organisation infolge der Verschiedenartigkeit des Lohnes ungeheuer schwierig ist, ein geeignetes System für Staffelbeiträge zu finden.

Unseren Verbandsgenossen wird es nicht schwer fallen, die Motive zu erkennen und zu würdigen, welche den Verbandstag veranlaßten, die verschiedenen Anträge auf Erhöhung der Sätze oder Erweiterung der verschiedenen Unterstützungs-Einrichtungen, die wir haben, nicht zum Beschluß zu erheben. Einschließlich der Summe für Erwerbslosenunterstützung hat die Organisation vom 1. April 1904 bis 31. März 1906 271 882 Mark an Unterstützung gewährt. Diese Summe zu erhöhen lehnte der Verbandstag ab, weil die beschlossene Beitragserhöhung eben zur Besserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen Verwendung finden sollen. Eine Erhöhung dieser Unterstützungssätze war auch deshalb nicht angängig, weil die Beschlüsse, welche bezüglich der Maifeier gefaßt worden sind, dem Verbande bedeutende finanzielle Anforderungen kosten werden.

Die Anträge auf Teilung der Gaue, welche einer Vermehrung der Gaubeamten gleichkam, fanden nur insoweit Berücksichtigung, als für Schlesien ein neuer Gauleiter bewilligt ist. Der Antrag Kassel, der einen Verbandsbeamten für den südlichen Teil von Hannover und den nördlichen Teil von Hessen-Nassau angestellt haben will, wurde dem Vorstand zur Berücksichtigung überwiesen.

Die Frage „Organisation der Landarbeiter" war als besonderer Punkt auf die Tagesordnung gesetzt worden. Es gelangte diese Resolution zur Annahme:

1. Um eine intensivere und planmäßigere Agitation zum Zwecke der Organisation unter den Landarbeitern zu ermöglichen, erfolgt die Anstellung von Kollegen, die mit den wirtschaftlichen, sozialen und rechtlichen Verhältnissen der Landarbeitee vertraut sind. Die mündliche Agitation dieser Kollegen wird unterstützt durch eine entsprechend schriftliche: durch Flugblätter und durch die Schaffung einer selbstständigen Beilage für den „Proletarier". Diese Beilage hat die Kritik der wirtschaftlichen, sozialen und vor allem auch der rechtlichen Verhältnisse der Landarbeiter zu bringen, gleichzeitig aber auch ihnen ein Ratgeber und Wegweiser zu sein.

Die anzustellenden Kollegen haben außer der vorzunehmenden Agitationsarbeit für die Sammlung von Material, das zur Beurteilung der Landarbeiter notwendig ist, Sorge zu tragen. Dazu gehören z. B. Statistiken über die Lohnverhältnisse, Feststellung der üblichen Arbeitszeiten, Erhebungen über Frauen- und Kinderarbeit, Sammlung von Kontrakten, von Berichten über Gerichtsverhandlungen und gefällte Urteile, von Material über die „Wohnungen" und Unterkunftsräume, sowie von Material über die Behandlung.

Für die Landarbeiter wird ein Wochenbeitrag von 20 Pf. festgesetzt. — Dafür wird den Landarbeitern Rechtsschutz, Krankenunterstützung, Sterbegeld und Umzugsgeld gewährt und der „Proletarier" geliefert.

Der Verbandstag gibt der Erwartung Ausdruck, daß mit Rücksicht auf die hohe Wichtigkeit und Bedeutung, welche die Lösung der Landarbeiterfrage nicht nur für diese, sondern für die Gesamtarbeiterbewegung hat, die Generalkommission diesem Unternehmen die weitgehendste finanzielle und moralische Unterstützung gewährt.

Auch die Maifeier wurde als besonderer Punkt der Tagesordnung behandelt und beschlossen:

1. Der Verbandstag wolle es allen Verwaltungsstellen zur Pflicht machen, für die Arbeitsruhe am 1. Mai unter folgenden Grundsätzen einzutreten: In Fabriken, wo nach Art und Natur derselben eine andere Organisation Hauptfaktor ist, haben sich unsere dort als Hülfsarbeiter arbeitenden Kollegen den Beschlüssen der betreffenden Organisation zu fügen. In Betrieben, wo die Fabrikarbeiter ausschlaggebend sind, müssen $^2/_3$ mindestens $^1/_4$ Jahr organisiert sein und mit $^4/_5$-Majorität beschließen, die Arbeit am 1. Mai ruhen zu lassen. Werden die Kollegen ausgesperrt, so tritt der § 12 des Streikreglements in Kraft.

Die Bestimmung über den Beginn der Unterstützung bei Maiaussperrungen hat nur Gültigkeit für Betriebe, die hauptsächlich für unsere Organisation in Betracht kommen. In anderen Betrieben gelten die Bestimmungen der dort dominierenden Organisation.

2. Soll in einem Betriebe, wo sämtliche Kollegen dem Verbande mindestens drei Monate angehören, beschlossen werden, am 1. Mai die Arbeit ruhen zu lassen, so ist 14 Tage vorher die Ortsverwaltung in Kenntnis zu setzen. Der Beschluß ist in geheimer Abstimmung und in einer Werkstellenversammlung zu fassen.

Wir können des Raumes halber nicht ausführlicher die Beschlüsse des Verbandstages wiedergeben und besprechen, sondern müssen auf das baldigst erscheinende Protokoll verweisen.

An die Arbeiterschaft Deutschlands!

Der notwendige Kampf, den die Arbeiterschaft aller Berufe um Hebung ihrer Lebenslage zu führen gezwungen ist — zu führen gezwungen ist gegen ein profitgieriges Unternehmertum, zur Abwehr

gegen die durch Zölle und Liebesgaben an die Besitzenden und Herrschenden hervorgerufene Verteuerung und Herabsetzung ihrer Lebenshaltung — hat das Unternehmertum auf der ganzen Linie auf den Kampfplatz gerufen. Wie Pilze sind in den letzten Jahren die Unternehmerorganisationen aus der Erde gewachsen, um sich der „unberechtigten Anforderungen" der Arbeiterschaft zu erwehren. Das gleiche Streben und das gleiche Ziel: Die kulturfördernden Bestrebungen der organisierten Arbeiterschaft niederzuhalten und zu unterdrücken, hat dann die verschiedensten, oft sich in innerer Fehde bekämpfenden, um den größeren Anteil am Profit streitenden, Unternehmerverbände sehr bald einander näher, zum größten Teil sogar schon vollständig zusammengeführt. Und schon sind dieselben vielfach aus der Defensive, der sie angeblich nur dienen sollten, zur Offensive, zum Angriff auf die Arbeiterschaft übergegangen. Wo es sich um die bescheidensten Forderungen selbst der schlechtbezahltesten Arbeiterkategorien handelte, da hat in den letzten Jahren das organisierte Unternehmertum als Antwort fast nichts weiter übrig gehabt, als die brutale Aussperrung von Zehntausenden, und selbst vor der Androhung der Aussperrung von Hunderttausenden von Arbeitern ist dasselbe nicht zurückgeschreckt! Hunderttausende von Arbeitern, mit ihren Familienangehörigen, wohl eine Million Menschen, sollten — wenn es nach dem Willen der Scharfmacher gegangen wäre — dem Elend und Hunger preisgegeben werden, um dem Machtkitzel einer Klique von Scharfmachern zu frönen!

Aber nicht nur darum handelt es sich dem organisierten Scharfmachertum. In seinem auf die Spitze getriebenen Machtkitzel schreckt dasselbe selbst davor nicht zurück, seine Hände frevelvoll nach den geringen sozialpolitischen Errungenschaften der deutschen Arbeiterklasse auszustrecken: Rückwärtsrevidierung der Sozialreform! — das und nichts geringeres wagen die organisierten Scharfmacher von der Regierung offen zu fordern!

Als die preußische Eisenbahnverwaltung — nachdem andere deutsche und ausländische Verwaltungen ihr darin längst vorausgeeilt sind — die neunstündige Arbeitszeit einzuführen beschlossen hatte, da vermaßen sich die organisierten Scharfmacher, durch „private Vorstellungen" den Minister von seinen „gefährlichen sozialpolitischen Ideen" abzubringen!

Den Agrariern und Junkern konnten die Minister bekanntlich „sonst etwas" — d. h. solange dieselben den ersteren noch nicht agrarisch genug waren. Und die organisierten Großindustriellen glauben einen preußischen Minister so sicher in der Tasche zu haben, daß „ein Wort im Vertrauen" von ihnen genügt, um demselben etwaige sozialpolitische Neigungen auszutreiben. Daß diese selben Kreise auch für die vollständige politische Entrechtung und Knebelung der Arbeiterklasse schwärmen, sei nur nebenbei erwähnt.

Sollen wir noch des langen und breiten darauf hinweisen, daß die Oberscharfmacher durch einen ihrer „wissenschaftlich" gebildeten Angestellten, den berühmten Doktor Tille, einen regelrechten Feldzug gegen die gewerbliche Ruhe und Ordnung organisieren lassen; daß dieselben sich krampfhafte — wenn auch vergebliche — Mühe geben, die seit einem Jahrzehnt zu allseitiger Zufriedenheit bestehende Tarifgemeinschaft im Buchdruckgewerbe zu Falle zu bringen! Sollen wir weiter noch ausführlich dartun, daß das organisierte Unternehmertum im Baugewerbe ganz offensichtlich für einen Kampf auf der ganzen Linie rüstet!

Arbeiter! Arbeiterinnen! — Genossen und Genossinnen! — Alle diese Tatsachen und die daraus für den wirtschaftlichen Befreiungskampf der Arbeiterklasse hervorgehenden Gefahren gilt es, den Hunderttausenden, die heut noch der gewerkschaftlichen Organisation fernstehen, zum Bewußtsein zu bringen. Es gilt, dieselben über ihre Pflichten sich selbst und ihrer Klasse gegenüber aufzuklären und als Mitkämpfer für die Organisation, gegen die volksfeindlichen Bestrebungen des organisierten Unternehmertums zu gewinnen!

Diesem Zwecke dient das der heutigen Nummer eures Fachorgans beigelegte Flugblatt. Eure Pflicht, Arbeiter und Arbeiterinnen, ist es, dasselbe — nachdem ihr selbst von dem Inhalt Kenntnis genommen — unter euren nichtorganisierten Kollegen und Kolleginnen zu verbreiten. Erfüllt in dieser Hinsicht jeder von euch seine Pflicht, dann wird sich auch in diesem Falle, wie schon so oft, das organisierte Unternehmertum erweisen als ein Teil von jener Kraft, die stets das Böse will und stets das Gute schafft. Dann werden die Maßnahmen der Scharfmacherorganisationen dazu beitragen, unsere Organisationen zu stärken, und wir werden damit in der Lage sein, den Kampf gegen die geschworenen Feinde der Arbeiterklasse, den Kampf für die wirtschaftliche Hebung und Befreiung derselben, noch nachdrücklicher und erfolgreicher als bisher führen zu können. —

Hoch die Organisation!
Unser der Sieg — trotz alledem!

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

Die Gewerkschaftsorganisationen Deutschlands im Jahre 1905.

I.

Im verflossenen Jahre ist von dem organisierten Unternehmertum im weitesten Maße und mit größtem Vorbedacht die Probe aufs Exempel gemacht worden, ob durch Aussperrungen, durch Maßregelung von Mitgliedern und durch sonstige irgendwie anwendbare Mittel die Widerstandskraft der Gewerkschaften gebrochen oder auch nur herabgemindert werden kann. Das Resultat ist eine nie geahnte Stärkung der Gewerkschaften, eine in keinem vorherigen Jahre erreichte Mitgliederzunahme, eine Vermehrung der Einnahmen um 7¾ Millionen Mark und eine Erhöhung des Kassenbestandes um 3½ Millionen Mark. Der Umstand, daß gerade die Gewerkschaften, die am meisten unter Aussperrungen zu leiden hatten, den größten Mitgliederzuwachs haben, dürfte beweisen, daß nicht die vermehrte Agitationskraft der Organisationen allein diesen gewaltigen Fortschritt herbeiführte, sondern daß dem Unternehmertum und seinen Unterdrückungs- und Sprengungsversuchen ein nicht geringer Anteil an diesem Erfolge zuzusprechen ist.

Im Jahre 1905 vermehrte sich die Zahl der Mitglieder im Jahresdurchschnitt um 292 695, das sind 46 201 Mitglieder mehr, als die gesamten Zentralverbände im Jahre 1894 hatten. Vom Jahre 1891 bis zum Jahre 1893 ging die Zahl der Mitglieder der Gewerkschaften von 277 659 auf 223 530 zurück. Von da ab zeigte sich eine ständige Aufwärtsbewegung, wie die nachstehende Uebersicht ersichtlich.

Jahr	Mitgliederzahl	Zunahme gegenüber dem Vorjahre Absolut	in Pzt.	Jahr	Mitgliederzahl	Zunahme gegenüber dem Vorjahre Absolut	in Pzt.
1894	246 494	22 964	10,2	1900	680 427	99 954	17,2
1895	259 175	12 681	5,2	1901	677 510	—	—
1896	329 230	70 055	27,0	1902	733 206	55 696	8,2
1897	412 259	83 129	25,2	1903	887 698	154 492	21,0
1898	493 712	81 453	19,7	1904	1 052 108	164 410	18,5
1899	580 473	86 761	17,5	1905	1 344 803	292 695	27,8

Die Mitgliederzunahme war in den einzelnen Jahren keine gleichmäßige. Im Jahre 1901 findet sich sogar ein Rückgang in der Mitgliederzahl um 2917, der in der ungünstigen Wirtschaftskonjunktur des Jahres seine Erklärung findet und nicht geeignet ist, das Gesamtbild zu trüben.

Berücksichtigt man, daß mit der größeren Mitgliederzahl der Zuwachs der neugewonnenen Mitglieder in der Regel geringer wird, so ergibt sich für 1905 eine unvergleichliche Mitgliederzunahme, denn auch der Prozentsatz mit 27,8 ist in keinem Jahre vorher erreicht worden. Der nächst höchste prozentuale Zuwachs an Mitgliedern war im Jahre 1896 mit 27,0 Proz. zu verzeichnen.

Vergleicht man den Mitgliederbestand des 4. Quartals 1905 mit dem des 4. Quartals 1904, so ergibt sich eine noch größere Zunahme als im Jahresdurchschnitt. Im 4. Quartal 1904 zählten die Gewerkschaften 1 116 723, im 1. Quartal 1905 1 230 325, im 2. Quartal 1 317 012, im 3. Quartal 1 389 178 und im 4. Quartal 1 429 303 Mitglieder, mithin gegenüber dem 4. Quartal 1904 eine Zunahme von 316 084 Mitgliedern.

Es hatten an Mitgliedern zugenommen im 4. Quartal 1905 gegenüber dem 4. Quartal 1904:

Metallarbeiter 60 728, Maurer 28 551, Textilarbeiter 26 550, Fabrikarbeiter 25 089, Holzarbeiter 24 755, Bergarbeiter 24 378, Bauhilfsarbeiter 16 420, Handels- und Transportarbeiter 10 249, Maler 7468, Gemeindearbeiter 7092, Schneider 7034, Zimmerer 6210, Wäschearbeiter 5325, Schuhmacher 4991, Steinarbeiter 4918, Glasarbeiter 4776, Tabakarbeiter 4644, Brauereiarbeiter 4083, Buchdrucker 3896, Buchdruckereihilfsarbeiter 3488, Schmiede 3385, Maschinisten 2733, Porzellanarbeiter 2557, Lithographen 2182, Handlungsgehilfen 2103, Hafenarbeiter 1916, Bäcker 1668, Stukkateure 1631, Sattler 1370, Dachdecker 1255, Buchbinder 1253, Tapezierer 1135, Portefeuiller 1072, Lederarbeiter 994, Hutmacher 985, Steinsetzer 939, Glaser 930, Gastwirtsgehilfen 883, Böttcher 750, Konditoren 656, Töpfer 588, Gärtner 517, Schiffszimmerer 505, Müller 497, Kupferschmiede 480, Barbiere 451, Zigarrensortierer 317, Fleischer 184, Bildhauer 182, Seeleute 170, Asphalteure 161, Handschuhmacher 136, Bureauangestellte 135, Notenstecher 121, Lagerhalter 106, Vergolder 103, Graveure 78, Blumenarbeiter 75, Formstecher 72, Buchdrucker Elsaß-Lothringens 65, Zivilmusiker 27.

Eine Mitgliederabnahme ist nur bei dem Verband der Kürschner, und zwar mit 59, zu verzeichnen. Im Jahresdurchschnitt berechnet, würde dieser Verband eine geringe Mitgliederzunahme aufweisen. Er hatte im Jahresdurchschnitt 1935 Mitglieder im Jahre 1904 und 1939 Mitglieder im Jahre 1905.

Für die Berechnungen über die Einnahme und die einzelnen Ausgaben der Verbände läßt sich nicht die Mitgliedsziffer am Schluß des Berichtsjahres, sondern nur die Jahresdurchschnittsziffer verwenden. Diese ist deshalb in der nachfolgenden Aufstellung, wie auch in den weiteren Zahlenangaben verwandt. Es hatten im Durchschnitt des Jahres 1905 Mitglieder:

Metallarbeiter 233 426, Maurer 155 917, Bergarbeiter 124 976, Holzarbeiter 115 725, Textilarbeiter 66 959, Fabrikarbeiter 66 689, Handels- und Transportarbeiter 46 906, Bauhilfsarbeiter 46 308, Buchdrucker 43 251, Zimmerer 48 249, Maler 29 470, Schneider 28 626, Schuhmacher 26 366, Tabakarbeiter 24 619, Brauereiarbeiter 21 697, Gemeindearbeiter 17 926, Buchbinder 16 787, Schmiede 15 820, Hafenarbeiter 14 229, Steinarbeiter 13 869, Lithographen 12 270, Töpfer 10 911, Maschinisten 10 477, Bäcker 10 285, Porzellanarbeiter 10 084, Glasarbeiter 8940, Steinsetzer 7157, Stukkateure 7091, Buchdruckereihilfsarbeiter 6896, Böttcher 6825, Tapezierer 6638, Lederarbeiter 6403, Sattler 5606, Hutmacher 5158, Bildhauer 4843, Handlungsgehilfen 4796, Dachdecker 4750, Glaser 4412, Werftarbeiter 4192, Gärtner 3936, Müller 3880, Kupferschmiede 3721, Gastwirtsgehilfen 3656, Seeleute 3348, Portefeuiller 3318, Konditoren 3071, Handschuhmacher 3050, Wäschearbeiter 2884, Schiffszimmerer 2788, Fleischer 2838, Graveure 2313, Kürschner 1939, Vergolder 1807, Zigarrensortierer 1718, Lagerhalter 1429, Barbiere 1321, Buchdrucker Elsaß-Lothringens 907, Zivilmusiker 722, Bureauangestellte 667, Asphalteure 568, Formstecher 517, Blumenarbeiter 475, Notenstecher 433, Schirmmacher 327. Der Verband der Werftarbeiter, der sich am 1. Oktober 1905 auflöste und dessen Mitglieder sich den Verbänden der Holzarbeiter und der Metallarbeiter anschlossen, zählte im Durchschnitt der ersten drei Quartale des Jahres 1905 4192 Mitglieder.

Von der Berechnung des Prozentverhältnisses der organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen zu den Berufsangehörigen müssen wir Abstand nehmen. Schon in früheren Jahren wurde darauf hingewiesen, daß die Zahlen der Berufsstatistik vom Jahre 1895 heute nicht mehr Geltung haben können. Es fehlt jeder Anhaltspunkt dafür, um abzuschätzen, in welchem Maße sich die Arbeiterschaft der einzelnen Berufe und die industrielle Arbeiterschaft insgesamt seit dem Jahre 1895 vermehrt hat. Von Jahr zu Jahr wurden die Resultate der Berechnungen, die auf Grund der Ergebnisse der Gewerbezählung von 1895 gemacht wurden, unzuverlässiger. Man hätte sich schließlich trotz aller Mängel damit abfinden können, die Ziffern ein Jahrzent lang zu verwenden. Nun hat aber nicht, wie ursprünglich in Aussicht genommen war, eine Berufs- und Gewerbezählung im Jahre 1905 stattgefunden, sondern sie soll erst im Jahre 1907 vorgenommen werden. Die ersten Resultate werden günstigenfalls im Jahre 1908 vorliegen und werden wir bis dahin davon absehen müssen, festzustellen, in welchem Verhältnis die Zahl der Organisierten zu den Berufsangehörigen steht.

Wenn wir trotzdem die Gesamtziffer der organisationsfähigen Arbeiter und Arbeiterinnen mit der Zahl der Organisierten in Vergleich stellen, so deshalb, um zu zeigen, daß die Gewerkschaften trotz der gewaltigen Mitgliederzunahme in den letzten Jahren und trotzdem sie die vor einem Jahrzehnt kaum für möglich gehaltene Mitgliedsziffer von fast 1½ Millionen erreicht haben, noch weit davon entfernt sind, die gesamte oder auch nur einen größeren Teil der Arbeiterschaft in sich vereinigt zu haben. Nach den auf Grund der Ergebnisse der Berufs- und Gewerbezählung angestellten Berechnungen ergab sich, daß im Jahre 1895 als organisationsfähig gelten konnten 5 145 700 Arbeiter und Arbeiterinnen. Davon gehören den gewerkschaftlichen Zentralverbänden gegenwärtig an 1 344 803 = 26,1 Proz. Nun ist sicher eine wesentliche Erhöhung der Zahl der industriellen Arbeiter seit dem Jahre 1895 zu verzeichnen, so daß gesagt werden muß, daß die gewerkschaftlichen Zentralverbände heute noch nicht den vierten Teil der industriellen Arbeiterschaft umfassen. Wenn auch dadurch, daß die Gewerkschaften sich auf bestimmte Gebiete konzentrieren, die Aktionskraft erhöht wird und tatsächlich unsere Organisationen sich einen Einfluß im Wirtschaftsleben gesichert haben und dieser Einfluß auch von den Gegnern der Arbeiterbewegung anerkannt wird, so zeigt der vorstehende Vergleich doch deutlich, daß noch viel Mühe und Opfer erforderlich sind, um die Massen der indifferenten Arbeiter und Arbeiterinnen für die Gewerkschaften zu gewinnen. Wir lassen uns die Freude und die Genugtuung über die im letzten Jahrzehnt gemachten Fortschritte nicht schmälern, haben aber nicht die geringste Ursache, mit dem gegenwärtigen Stand der Bewegung zufrieden zu sein. Ueber unsere Kraft dürfen wir uns nicht selbst täuschen. Daß es aber, trotz aller gegenteiligen Behauptungen, mit unseren Gewerkschaften in so gewaltiger Weise vorwärts gekommen ist, muß uns ein Ansporn sein, noch energischer als bisher für die Ausbreitung unserer Organisationen zu sorgen in der festen Zuversicht, daß es uns gelingen wird und gelingen muß, die heute noch Fernstehenden für die Gewerkschaften zu gewinnen.

Die Zahl der weiblichen Mitglieder der Zentralverbände betrug im Jahresdurchschnitt 1905 in 34 Verbänden 74 411 gegenüber 48 604 im Durchschnitt des Jahres 1904. Das macht, unter Berücksichtigung des Umstandes, daß in 3 Organisationen ein Verlust von 13 Mitgliedern im letzten Jahre eingetreten ist, eine Zunahme von 25 807 oder 53,1 Prozent. Im Jahre 1892 waren nur 4355 weibliche Mitglieder in den Verbänden. Im Jahre 1900 stieg die Zahl auf 22 844. Von 1900 bis 1905 ist eine Zunahme an weiblichen Mitgliedern von 51 567 oder 225,8 Prozent zu verzeichnen, während in dem gleichen Zeitraum die Zahl der männlichen Mitglieder von 657 583 auf 1 270 392, also um 612 809 oder um 93,3 Prozent stieg. Im Jahre 1905 erhöhte sich die Zahl der männlichen Mitglieder von 1 003 504 auf 1 270 392, also um 266 888 oder 26,6 Prozent. Prozentual ist somit die Zunahme der weiblichen Mitglieder erheblich größer als die der männlichen Mitglieder.

Im 4. Quartal 1905 betrug die Zahl der weiblichen Mitglieder 89 431. Es war also im Laufe des Jahres eine weitere Zunahme zu verzeichnen und gewinnt es den Anschein, als wenn auch in dem weiblichen Mitgliederbestand eine gewisse Stabilität eingetreten ist. Wie die Entwicklung der Organisationen in den Berufen, in welchen die Organisationsfähigkeit eine größere ist, auf die Berufe einwirkt, die infolge überlanger Arbeitszeit und niedriger Löhne, oder weil die Berufsangehörigen vereinzelt arbeiten und ihnen der natürliche Zusammenhang fehlt, als schwer zu organisieren gelten müssen, so wirkt auch die Vermehrung und die erhöhte Stabilität des Bestandes der männlichen Mitglieder auf die schwieriger zu organisierenden Arbeiterinnen ein. Es ist aber Pflicht der Gewerkschaftsmitglieder, es nicht bei diesem in gewisser Beziehung selbst wirkenden Umstand zu belassen, sondern sie müssen dieses selbsttätige Wirken durch energische Agitation unterstützen, wobei das von der Generalkommission eingerichtete Arbeiterinnensekretariat stets Hülfe und Unterstützung leihen wird. Mehr noch als bei der Organisierung der männlichen Arbeiter ist bei dem Heranziehen der Arbeiterinnen zur Organisation in der Zukunft zu tun. Legen wir die ersterwähnten Ziffern der Gewerbezählung von 1895 zugrunde, so ergibt sich, daß die 74 411 weiblichen Gewerkschaftsmitglieder nur 7,9 Prozent der organisationsfähigen weiblichen Arbeiterschaft ausmachen. Ein lächerlich geringer Prozentsatz, besonders wenn man berücksichtigt, daß die Zahl der weiblichen Arbeiter sich seit dem Jahre 1895 prozentual sicher erheblich mehr gesteigert hat, als die der männlichen. Ein gewaltiges Stück Agitationsarbeit ist hier von den Gewerkschaften noch zu leisten.

Vom sozialen Kampfplatze.

— **Bietigheim.** Hier haben die auf dem Germania-Linoleumwerke beschäftigten Kollegen am 6. August die Arbeit fast alle niedergelegt. Am 17. August wurde dann folgende Abmachung vereinbart: Die Organisation der Arbeiter wird anerkannt. Den Arbeitern im Zementhaus, Kühl-, Mischhaus und Korkmühle die Akkordzulage derart aufgebessert, daß Arbeiter über 21 Jahre auf einen Mindestlohn von 30 Pf. pro Stunde kommen. Auslader erhalten von Anfang an 5 Pf. Zulage pro Wagen, so daß sich der Anfangslohn, welcher seither 25 Pfg. pro Stunde betrug, auf 27,5 Pf. stellt. Ueberzeitarbeit wird mit 25 Proz. Zuschlag bezahlt, soweit die normale Arbeitszeit überschritten wird und der Arbeiter nicht während der Zahltagsperiode unentschuldigt gefehlt hat. Sonntagsarbeit wird mit 50 Proz. Zuschlag bezahlt. — Die Direktion ließ am 16. August anschlagen, daß sie die kontraktbrüchigen Arbeiter auf Schadenersatz in Höhe von 20 000 Mk. verklagt hätte. Bei der Unterhandlung gab sie nun die schriftliche Erklärung ab, daß sie auf Schadenersatz verzichtet, die eingereichte Klage zurückzieht und auch den Arbeitern den zurückbehaltenen Lohn von drei Tagen freigibt. Die Beschaffung alkoholfreier Getränke wurde zugesagt, ebenso soll der Einführung der wöchentlichen Lohnzahlung näher getreten werden. Auf Grund dieser Vereinbarung wurde am 20. August in vollem Umfange die Arbeit aufgenommen.

— **Dresden.** In der Teigwarenfabrik des Herrn Dr. B. Klopfer, wo 36 Personen (16 weibliche) beschäftigt, forderten diese Erhöhung des Stundenlohnes, Verkürzung der Arbeitszeit, ferner Einführung eines Arbeiterausschusses. Die Arbeitszeit wurde um 3 Stunden pro Woche verkürzt, die Lohnerhöhung beträgt 8—10 Prozent pro Person und Woche. Für Ueberstunden ist ein Lohnaufschlag von 12½ Prozent, für Sonntags- und Nachtarbeit von 30 Prozent erreicht worden. Dann werden 8tägige Ferien unter Fortzahlung des Lohnes gewährt und ein Arbeiterausschuß eingeführt. Auf der Ziegelei Faust sind die Arbeiter am 3. August in den Ausstand getreten. Durch besonders ungünstige Verhältnisse (harter Lehm) konnten die Kollegen nichts verdienen. Auf eine Eingabe hatte sich der Inhaber bereit erklärt, eine Zulage von 10 Proz. für einzelne Positionen zu gewähren. Dadurch waren 7 Kollegen in ihrem Lohne aufgebessert. Aber unberücksichtigt blieben 8 Kolleginnen. Diese beharrten auf einer Zulage. Da sie abgelehnt wurde, so legten, wie bereits erwähnt, die Kollegen die Arbeit nieder. Am folgenden Tage erklärte sich dann auch der Unternehmer bereit, den Kolleginnen eine Zulage von 1 Pf. pro Tausend zu gewähren. Damit war die Arbeitseinstellung beendet.

— **Emden.** Der Streik der Netzstrickerinnen der Dollart- und Kurfürst-Fischereien dauert fort. Die Unterhandlungen sind resultatlos verlaufen. Die Forderungen der Arbeiterinnen sind von den Direktionen abgelehnt worden; nur die bisherige Stundenzahl wurde um zwei erhöht. Eine Aufbesserung des Stundenlohnes lehnten die Herren ab; ebenso sollen die Strafgelder beibehalten werden. Auch auf eine Verkürzung der Arbeitszeit, die zwölf Stunden beträgt (!), will man sich nicht einlassen. Diese ablehnende Haltung der Direktionen hatte zur Folge, daß die Streikenden einstimmig beschlossen, so lange im Ausstand zu beharren, bis die berechtigten Forderungen anerkannt würden. Um die Arbeiterinnen einzuschüchtern, haben die beiden Direktoren den sämtlichen Arbeiterinnen ihre Entlassung nebst Invalidenkarte zugeschickt, sich sicher der vergeblichen Hoffnung hingebend, die Arbeiterinnen würden nun kommen und die Herren Direktoren kniefällig um Gnade bitten. Doch diesmal haben sich die Aktionäre getäuscht; denn die Arbeiterinnen sind durch die jahrelange Ausbeutung zum Bewußtsein ihrer Lage gekommen und nicht mehr gewillt, für die Aktionäre ihr Leben und ihre Gesundheit zu opfern.

— **Fürth.** Auf dem Sägewerk des Herrn Hübner in Burgpfarrnbach sind sämtliche Arbeiter wegen Organisationszugehörigkeit entlassen worden. Wenn sie aus der Organisation austreten, ist ihre Weiterarbeit gnädigst gestattet. Sie wünschen aber Anerkennung ihres Koalitionsrechts.

— **Güstrow.** Der Streik in dem Güstrower Stahl- und Eisenwerk, Besitzer Martins, ist beendet zugunsten der Arbeiter. Es sind nunmehr folgende Löhne festgesetzt worden (die früheren Löhne setzen wir in Klammern daneben): Former 40 Pf. die Stunde, steigend bis 47 Pfg. (35—45 Pfg.). Schlosser und Dreher Einstellungslohn 32 Pfg., steigend bis zu 46 Pfg. (26—30 Pfg.), Hülsformer Einstellungslohn 25 Pfg., steigend bis zu 34 Pfg. (20—28 Pfg., Putzer und Hülfsarbeiter Einstellungslohn 25 Pfg., steigend bis zu 29 Pfg. die Stunde (20—22 Pfg.)

— **Heilbronn.** In der Zuckerfabrik Heilbronn, wo 260 Personen (42 weibliche) beschäftigt sind, ist der Lohn um 10 bis 20 Pfg. pro Tag erhöht worden.

— **Kaiserslautern.** Auf dem Eisenwerk Kaiserslautern sind Differenzen ausgebrochen, die allem Anschein nach zu hartnäckigem Kampf führen werden.

— **Ludwigshafen.** Auf dem Guilinwerk (chemische Fabrik) in Reingonheim ist für eine Abteilung, in der 51 Arbeiter beschäftigt sind, der Lohn um 1,50 Mk. pro Woche und Arbeiter erhöht worden.

— **Magdeburg.** In der Ziegelei von Hugo Frank in Rothensee gelang es den dort beschäftigten Kollegen, mit Hülfe der Organisation auch in diesem Jahre wieder eine Aufbesserung der Akkord- und Lohnsätze zu erzielen. Der Preis pro 1000 Steine ist für die Ofenleute von 1,60 Mk. auf 1,70 Mk., für Abrüster von 0,43 Mk. auf 0,45 Mk. und für die Maschinenleute von 0,20 Mk. auf 0,21 Mk. erhöht. Für Tagelöhner ist der Stundenlohn von 35 Pf. auf 40 Pf. erhöht. Ebenfalls ist der Wochenlohn für Kutscher, der 21,50 Mk. betrug, auf 22,50 Mk. erhöht.

In der Dachpappenfabrik von Wilh. Kührmeyer wurde folgender Lohntarif vereinbart und abgeschlossen:

Lohntarif vom 11. August 1906.

Dachpappen:

Es werden vergütet für Anfertigung

1. von 40 er—200 er	inkl. pro 10 Meter Rolle	. .	10,5	Pf.
„ 40 er—200 er	„ „ 7 „ „	. .	7,35	„
2. von 210 er—250 er	inkl. pro 10 Meter Rolle	. .	9	Pf.
„ 210 er—250 er	„ „ 7 „ „	. .	6,3	„
3. von 260 er—350 er	inkl. pro 10 Meter Rolle	. .	8	Pf.
„ 260 er—350 er	„ „ 7 „ „	. .	5,6	„

Isolierpappen:

Von 40 er— 80 er	inkl. pro 5 Meter Rolle	. .	14	Pf.
85 er—150 er	„ „ 5 „ „	. .	10	„

Der Lohn der Hofarbeiter beträgt für 10 Stunden Arbeitszeit 3,50 Mk. Vorarbeiter erhalten für die gleiche Arbeitsdauer 3,75 Mk. Die Sandkarrer erhalten für 10 Stunden Arbeitszeit 3,75 Mk. Ueberstunden werden mit 35 bezw 37,5 Pf. vergütet. Arbeiter an der Elbe erhalten pro Tag 50 Pf. Zulage. Für das Darren des Sandes wird jeder Fabrik pro Tag 1 Mk. vergütet. Für Nachtwachen, in Vertretung des Wächters getan, werden pro Wache 3 Mk. vergütet. Klebemasse kochen in der Fabrik wird pro Tonne mit 25 Pf. und pro Barrel mit 35 Pf. bezahlt.

Allgemeines.

Jede Fabrikkolonne hat für eine Darre den während der Nacht benötigten nassen Sand heranzukarren und den getrockneten Sand

selbst an das Sieb zu bringen. Der ferner benötigte trockene Sand wird auf einem Wagen bis an die Fabrik geliefert und haben die Fabrikarbeiter den Wagen sofort zu entladen.

Der dritten Fabrik wird für das Herankarren des trockenen Sandes pro Tag 1 Mk. vergütet.

Die vorstehenden Bedingungen treten mit dem 11. August 1906 in Kraft und gelten bis 1. Oktober 1909.

Die Unterzeichneten verpflichten sich, die vorstehenden Lohnvereinbarungen in allen Teilen einzuhalten.

Magdeburg-Neustadt, den 8. August 1906.

Im Namen der Fabrikarbeiter. W. Kührmeyer.
Unterschrift.

Im Namen der Hofarbeiter.
Unterschrift.

Durch diese Vereinbarung haben unsere Kollegen im Durchschnitt 4 Mk. Zulage pro Woche erreicht.

— **Stettin.** Der Streik bei der Firma Sperling, Urban Nachfolger ist beendet. Die Arbeit ist am 6. August früh wieder aufgenommen. Der Tarif in der erst eingereichten Fassung ist allerdings nicht anerkannt worden, aber der Erfolg ist anzuerkennen. Es wurde eine durchschnittliche Zulage von 3 Pf. pro Stunde bewilligt für alle Arbeiter.

— **Warin i. Mecklenburg.** Am 4. August hat sich hier eine Zahlstelle gegründet. Es traten gleich 23 Kollegen dem Verbande bei. Nachdem nun auch der Bevollmächtigte in Vorschlag gebracht worden, steht zu erwarten, daß noch eine größere Anzahl der Organisation sich einfügt.

Soziale Rundschau.

— **Der Ausstand der „christlich" organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen** der großen Papierfabrik von J. W. Zanders in Berg.-Gladbach bei Köln ist nach dreiwöchiger Dauer verloren gegangen, teils infolge der taktischen Ungeschicklichkeiten und der schwachen Kasse des „christlichen" Verbandes, teils weil es der Firma gelungen war, den Betrieb notdürftig aufrecht zu erhalten. Die „Westdeutsche Arbeiterzeitung", das Organ der katholischen Arbeitervereine Rheinland-Westfalens, nimmt den Ausgang dieses Kampfes christlich-organisierter Arbeiter gegen eine hochchristliche Firma zum Anlaß folgender Ausführungen:

„Die Firma hatte es verstanden, einen Teil der Arbeiterschaft durch sogenannte „Wohlfahrtseinrichtungen" in ein Abhängigkeitsverhältnis zu bringen. Einigen ist zur Erbauung eines eigenen Heimes ein Vorschuß von tausend Mark gegeben worden; andere glaubten in Rücksicht auf die versprochenen, aber nicht ausgezahlten Prämien in der Höhe des zehnfachen Tagelohns (an die Arbeitswilligen!!) nicht mitstreiken zu dürfen. In welcher Weise diese Vergünstigungen überschätzt werden, erhellt am besten aus folgender Gegenüberstellung: Im vergangenen Jahre wurden für die geplanten Wohlfahrtseinrichtungen 16 000 Mk. verausgabt. Eine Lohnerhöhung von nur 15 Pfennig den Tag hätte aber den Betrag von 40 000 Mk. erfordert . . ."

Die gewerkschaftliche Presse hat die sogenannten Wohlfahrtseinrichtungen seit je als Humbug gekennzeichnet, als Sand in die Augen der Oeffentlichkeit und als Ketten an den Füßen kämpfender Arbeiter. Dafür, daß sie diese Wahrheit ausgesprochen hat, ist sie angepöbelt und als hetzerisch bezeichnet worden, nicht zum mindesten auch aus den Reihen der Zentrumsblätter. Jetzt aber hat eine Zentrumsgewerkschaft es am eigenen Leibe fühlen müssen, wie sehr wir recht hatten.

— **Die Kinderarbeit in Deutschland.** Seit ab 1. Januar 1904 das Kinderschutzgesetz in Wirksamkeit getreten ist, sind zwar verschiedene der größten Uebelstände auf dem Gebiete der Kinderarbeit beseitigt worden, aber die heutigen Zustände sind doch noch sehr unbefriedigend. Sind an sich schon die Schutzbestimmungen nicht besonders weitgreifend, da z. B. über die Kinderarbeit in der Landwirtschaft noch keine gesetzliche Regelung besteht, so werden diese Bestimmungen auch noch sehr häufig übertreten. Nicht selten, weil die Grundlage des Kinderschutzgesetzes immer noch Arbeitgebern, Eltern und auch Behörden zu wenig bekannt sind, häufig aber auch aus Gewinnsucht, Eigennutz und aus Gewohnheit. Im Jahre 1905 wurden in den Fabriken Preußens nach den Berichten der preußischen Aufsichtsbeamten 2352 Kinder unter 14 Jahren beschäftigt gegen 2430 im Jahre 1904. Diese Zahl repräsentiert natürlich nur einen ganz geringen Teil der überhaupt erwerbstätigen Kinder, denn vieles wird vor den Augen der Gewerbeaufsichtsbeamten verborgen gehalten, und dann werden die Kinder immer mehr in die Heimarbeit mit ihren im allgemeinen noch ungünstigeren Verhältnissen abgedrängt. Nach einer auf Grund einer Verfügung des Reichskanzlers im Jahre 1898 veranstalteten Erhebung waren damals in Deutschland in den gewerblichen Betrieben 544 283 Kinder beschäftigt, dazu kamen dann noch die in den Fabriken und die im Gesindedienst und in der Landwirtschaft beschäftigten Kinder.

Es gibt in Deutschland fast keinen Berufszweig, in dem die Kinderarbeit nicht Eingang gefunden hätte. Im Bergbau- und Hüttenwesen, in der Industrie der Steine und Erden, in der Metallverarbeitung, in der Industrie der Maschinen und Instrumente, in der Textil-, Papier- und Lederindustrie, im Baugewerbe und im typographischen Gewerbe, in der Nahrungs- und Genußmittelindustie, im Reinigungs- und Bekleidungsgewerbe, in der Industrie der Holz- und Schnitzstoffe, überall finden wir Kinder als Erwerbstätige und ebenso auch im Handel und Verkehr.

In Deutschland steht die Frage einer besseren Regelung und einer Einschränkung der Kinderarbeit im engsten Zusammenhange mit der Frage einer besseren Regelung der Heimarbeit. In der Heimarbeit, wo die Arbeiten innerhalb der Wohnung verrichtet werden, besteht am ersten die Gelegenheit, die Kinder mit zur Arbeit heranzuziehen, hier sind die ungünstigsten hygienischen Verhältnisse anzutreffen, hier besteht die längste und fast ausnahmslos eine ungeregelte Arbeitszeit, und in der Heimindustrie werden auch die niedrigsten Löhne bezahlt, die es nicht selten als eine dringende Notwendigkeit erscheinen lassen, daß Kinder ein paar Groschen mitverdienen. So lange die Heimindustrie in so großem Umfange besteht, ist außerdem gar nicht daran zu denken, eine wirklich gut funktionierende Kontrolle einzuführen. Am ungünstigsten sind wohl die erwerbstätigen Kinder in der Spielwarenindustrie gestellt. Allein in der Spielwarenindustrie werden jährlich 5000 bis 6000 schulpflichtige Kinder gezählt, die bei der Spielwarenherstellung helfen, darunter sind nur ganz wenige, die bei fremden Leuten arbeiten, die meisten sind bei den Eltern oder sonstigen Verwandten beschäftigt. Während der guten Geschäftszeit sitzen hier die Kinder ganze Nächte lang in schlechter, muffiger Luft und bei trübem Licht, um den Eltern bei der Anfertigung von Puppen usw. zu helfen. Auch in der Textilindustrie mit ihren verschiedensten Branchen werden noch viele Kinder unter den ungünstigsten Verhältnissen zur Arbeit herangezogen. Damit der Hausweber seinen Wochenverdienst um eine Kleinigkeit steigern kann, müssen die Kinder allerlei Nebenarbeiten verrichten. Unter sehr ungünstigen Verhältnissen müssen auch die Kinder ihre Arbeit verrichten, die in den Großstädten als Frühstücksausträger, Zeitungsboten, Laufburschen usw. beschäftigt sind. Sie sind nicht nur allen Unbilden der Witterung, sondern auch großen sittlichen Gefahren ausgesetzt infolge ihres Aufenthalts auf den Straßen zu den verschiedensten Tageszeiten. Der Verdienst der Kinder ist meistenteils sehr gering, oft beträgt er nur 2 und 3 Pf. pro Stunde. Aus allen diesen Gründen muß verlangt werden, daß die Kinderarbeit noch weit mehr eingeschränkt wird, denn für die Volkswirtschaft wird durch die Kinderarbeit mehr Schaden als Nutzen gestiftet.

— **Arbeitergärten. — Ein interessantes Geständnis.** Die „Deutsche Gesellschaft für Gartenkunst" tagte soeben in Nürnberg, wobei u. a. ein Herr Hanisch aus Kattowitz auch einen Vortrag über Arbeitergärten hielt. Dieser Herr ist von zahlreichen Industriebaronen Oberschlesiens engagiert, als Gartenfachmann die Anlagen von Arbeiterwohnhäusern bezw. deren Gartenanlagen zu projektieren. Als zweifellos guter Bekannter der dortigen Großindustriellen kennt er den Grund der Industriellen zur Schaffung von „Arbeiterwohlfahrtseinrichtungen" natürlich sehr gut und hören wir nun, was dieser Herr über die „Arbeiterwohlfahrtseinrichtungen" sagte:

„Die Klage über Arbeitermangel in der Landwirtschaft und in den Industriebezirken, wo es die Verhältnisse (?) nicht gestatten, die Löhne zu bezahlen, die in den Städten bezahlt werden, ist alt. Trotz der Heranziehung (billiger) ausländischer Arbeiter verstummen diese Klagen über Mangel an Arbeitskräften nicht.

Dieser Kalamität sucht man nun allerorts abzuhelfen, indem man die Arbeiter seßhaft zu machen versucht durch Schaffung von Arbeiterwohnhäusern. Dadurch ist es der Industrie gelungen, einen Stamm von festen Arbeitern heranzuziehen . . . sie sind nach und nach mit ihrem Grund und Boden verwachsen und werden zufrieden in ihrem trauten Heim."

Die Arbeiter werden in diesen purer „Wohltätigkeit" entsprungenen Arbeiterhäusern und -Gärten „zufrieden", sie lassen sich ruhig bei übermenschlich langer Arbeitszeit die Haut über den Kopf ziehen — sie müssen, weil sie an die Scholle gefesselt sind und sich mit Haut und Haaren dem Unternehmer ausgeliefert haben, und ein Bruch des Verhältnisses, mit ungeheuren Opfern verbunden, erscheint den „zufrieden" gewordenen Arbeitern meist überhaupt aussichtslos. Der Zweck dieser „Arbeiterwohlfahrtseinrichtungen": billige Arbeitskräfte auf die Dauer an die Fabrik, an die Grube zu fesseln, ist also erreicht.

Jetzt kommt aber erst das Interessanteste des Vortrages. Der Herr, der es wissen muß und weiß, sagte dann weiter:

„Diese Arbeiterwohlfahrtseinrichtungen, diese Arbeiterkolonien geben dem Arbeitgeber aber auch eine gute Kontrolle über seine Arbeiter . . . Diese Arbeiterwohnhäuser sind also ein sehr wichtiger Faktor für den Unternehmer . . ."

Das ist ein sehr interessantes Geständnis, und zwar aus einem Munde, der nicht im Verdachte steht, eine sozialdemokratische Lästerzunge zu besitzen und der unfreiwillig die ganzen Arbeiter-„Wohlfahrtseinrichtungen" als Schwindel gebrandmarkt hat, was ein Diskussionsredner, der nach seinen übrigen Ausführungen nicht im entferntesten zur Sozialdemokratie gehört, noch des weiteren bestätigte, indem er meinte, die Arbeiterhäuser und -Gärten sollten von den Gemeinden errichtet werden, denn die privaten Unternehmer beuten die Arbeiter oft furchtbar aus!

Im übrigen ist ja das Bestreben der Gartenkunstgesellschaft, die Menschheit zur Liebe der Natur, der insbesondere die Großstädter entfremdet sind, zu erziehen, ein sehr anerkennenswertes, und die Sozialdemokratie hat ja fast alle Ziele dieser Gesellschaft direkt oder indirekt mit in ihrem Programm, und wenn nur die eine Forderung der Sozialdemokratie: Vergesellschaftlichung des Grund und Bodens durchgeführt ist, so ist für die Gesellschaft der Gartenkünstler die Hauptvorbedingung ihres Wirkens erreicht. Aber der schwerwiegenden Folgen der Arbeiter-„Wohlfahrts"-Einrichtungen, geschaffen durch Unternehmer, sind sich die Herren, so ehrlich sie es von ihrem Standpunkt aus meinen mögen, noch nicht bewußt. Vielleicht tragen diese Zeilen dazu bei, sie zum Studium des — Wohlfahrtsschwindels zu veranlassen. —

Gerichtliches.

— **Wie die sächsische Justiz gemißbraucht wird,** um Arbeiter, die im wirtschaftlichen Kampf mit dem Unternehmertum stehen, hinter Schloß und Riegel zu bringen, zeigt eine Gerichtsverhandlung vor dem Schöffengericht zu Pirna. Ein Kollege, der während der Metallarbeiter-Aussperrung einen Arbeitswilligen bei der Firma Rockstroh u. Schneider bedroht, belästigt und beleidigt haben soll, mußte die Anklagebank besetzen. Nach einer einstündigen Verhandlung erfolgte die kostenlose Freisprechung des Angeklagten, was schon im voraus zu erwarten war. Selbst der Arbeiter Fleischer, der bedroht, beleidigt und belästigt sein sollte, erklärte selbst vor Gericht, daß er sich nicht beleidigt, bedroht und belästigt gefühlt hätte. Der Angeklagte hätte ihn nur gefragt, ob er nach Arbeit angefragt und wo er her sei. Er selbst hätte auch keinen Strafantrag gestellt, das sei wahrscheinlich von der Firma Rockstroh u. Schneider besorgt worden. Das letztere wurde auch auf Befragen des als Zeuge erschienenen Gendarmen aus Mügeln bestätigt. Da auch die Aussagen der übrigen Zeugen dem Richter und Staatsanwalt nicht ausreichend genug waren, eine Verurteilung des Angeklagten herbeizuführen, wurden die entstandenen Kosten der Staatskasse zur Zahlung überwiesen. Desgleichen endete am 14. Juli vor demselben Gericht ein Prozeß, den erst die Firma Hoesch gegen die Vertrauensleute der hiesigen Zahlstelle angestrengt hat. Weil diese aber bei dem Verhör vor dem Untersuchungsrichter ihre Aussagen verweigerten, stellte sich die Staatsanwaltschaft der Firma Hoesch bereitschaftlichst zur Verfügung und erhob im öffentlichen Interesse die Anklage. Bei dem im Mai d. J. bei der Firma Hoesch stattgefundenen Maurerstreik wurden unsere Kollegen zur Verrichtung von Maurerarbeiten verwendet; weil diese nun von den Vertrauensleuten darüber aufgeklärt wurden, daß sie Streikarbeit verrichteten, die sie zu verweigern hätten, sollten diese sich gegen § 153 der Gewerbeordnung vergangen haben. Daß an einer Verurteilung der Angeklagten nur die Firma Hoesch ein Interesse hatte, zeigten schon die Vorarbeiten, die die Firma zu diesem Prozeß anfertigen ließ. Die Arbeiter, die bedroht und belästigt worden sein sollen (so stand zum wenigsten in der Anklageschrift), wurden eines Tags mit dem Automobil, mit dem für gewöhnlich nur der Herr Direktor seine Fahrten macht, zum Rechtsanwalt gefahren. Der Obermeister ist mitgefahren, um die Arbeiter eingehend zu ermahnen, dem Rechtsanwalt ja alles zu sagen, womit sie von den Vertrauensleuten beschimpft worden sind. Trotz alledem, die Arbeiter waren ehrlicher als sie von ihrem Arbeitgeber eingeschätzt wurden. Sie gaben der Wahrheit die Ehre und erklärten vor dem Rechtsanwalt sowie vor dem Gericht, daß sie nicht beschimpft worden seien, was zu ihnen von den Vertrauensleuten gesagt worden ist, ist Aufklärung gewesen. Das Gericht erkannte auf kostenlose Freisprechung der Angeklagten, die entstandenen Kosten wurden der Staatskasse überwiesen. Können die Herren Arbeitgeber ihre Sorge für Schutz der Arbeiter nicht anders betätigen? Gerade Herr Hoesch, als Besitzer großer Fabriken, könnte auf diesem Gebiete vorzügliches für die Arbeiter schaffen, wenn er reformierend in seinem Betriebe eingreifen würde. Dort würde er finden, daß sich die Arbeiter oft Beleidigungen von seiten der Meister und ihren Vorgesetzten gefallen lassen müssen. Daß das Leben, die Gesundheit der Arbeiter täglich bedroht ist durch die lange, lange Arbeitszeit von 12, 14, 16, ja 24 Stunden, die für die gesundheitsschädliche Arbeit viel zu lang ist. Ferner das Fehlen von Schutzvorrichtungen und das Mangelhafte der Hebe- und Transportwerkzeuge, welches die Ursachen sind, daß oft Unfälle schwerer Natur vorkommen. Er würde dann weiter finden, daß gerade mit den Arbeitern, die infolge der bestehenden Mißstände und Unglücksfälle ihre gesunden Glieder verloren und zum Krüppel geworden sind, nicht auf das fürsorglichste verfahren wird. Viele von denen, welche infolge Unfalles, Verletzung der Glieder, nicht mehr so schnell arbeiten können, bekommen oft angeboten: „Sie können ja gehen". Daß das die betreffenden keineswegs mit Freude erfüllt, läßt sich denken, müssen sie dabei doch doppelt schmerzlich die Abhängigkeit fühlen, in der sie sich befinden. Solche verletzte Leute sind auch von dem Betriebe des Herrn Hoesch entlassen worden, ohne daß man sich besonders schützend ihrer angenommen hätte. Wenn es der Firma also besonders um den Schutz der Arbeiter, vor der Gefahr, bedroht und beleidigt zu werden, zu tun ist, in ihrem eigenen Regierungskreis möchte sie dazu Gelegenheit erhalten. Durch Verkürzung der Arbeitszeit könnte sie zum Schutz der Arbeiter ganz besonders beitragen.

Korrespondenzen.

Breslau. Montag, den 13. August, tagte unsere außerordentliche Mitgliederversammlung im Gewerkschaftshaus, welche leider nicht zum besten besucht war. Den Geschäftsbericht für das abgelaufene Geschäftsjahr gab Kollege Joppich. Redner gab einen kurzen Ueberblick über die Entwickelung der Organisation im allgemeinen und kam auf die Kämpfe, welche sich innerhalb der eigenen Zahlstelle abspielten, zu sprechen. Demnach fanden 11 Lohnbewegungen statt, von denen 6 ohne Streik und mit vollem Erfolg für die Kollegen endeten. Bezeichnenderweise seien drei Kämpfe verloren gegangen, weil die Disziplinlosigkeit der eigenen Kollegen Schuld daran trage. Der Streik in der chemischen Fabrik von Heimann wäre nicht notwendig gewesen, hätten die Kollegen den Anweisungen der Verbandsleitung gefolgt; nachdem dieselbe zu Verhandlungen eingeladen und sich der erste Bevollmächtigte zu Verhandlungen bei den Aktionären befand, legten zwei Drittel aller Arbeiter die Arbeit nieder, trotzdem der Bevollmächtigte den bestehenden Tarif mit neueren Erfolgen bereits verlängert und unterzeichnet hatte. [illegible] da einzelne Maulhelden, welche nachträglich dem Direktor erzählten, die Abmachungen gingen sie gar nichts an, sie selbst wüßten, woran sie seien. Der Streik wurde seitens der Verwaltung als aussichtslos abgebrochen. Dasselbe ereignete sich in der Lederfabrik von Stürmer, Goldschmieden, wo gegen den Willen der Verwaltung gestreikt wurde. Auch hier ging der Streik verloren. Bei den Asphalteuren waren teilweise, in einzelnen Betrieben auch volle Erfolge zu verzeichnen. Die Zementarbeiter erzielten vollen Erfolg. Redner wies zum Schluß auf die Aussperrung in der Metallindustrie hin und erinnerte daran, daß die Kollegen immer wieder an den 19. April denken müßten, wo Arbeiterblut geflossen sei der gerechten Sache wegen, und ermahnte zum festen Zusammenhalt und eifriger Agitation für unseren Verband. Hierauf folgte der Kassenbericht. Der Arbeitsnachweis wurde von 196 Kollegen in Anspruch genommen. Für fest wurden 180 und aushülfsweise 16 Kollegen untergebracht; am Schluß des Quartals waren keine arbeitslosen Kollegen zu verzeichnen. Der Arbeitsnachweis müßte besser von seiten der Kollegen beachtet werden, die meisten Stellen sind von Arbeitgebern gemeldet, und trotzdem wüßten unsere Kollegen manche offene Stellen, die gemeldet werden könnten; damit wäre in Zukunft unseren arbeitslosen Kollegen viel gedient. Die Diskussion war eine rege, und auf Antrag der Revisoren wurde der Verwaltung Entlastung erteilt. Hierauf erstattete Kollege Fritsche den Kartellbericht, besonders die Grenzstreitigkeiten zwischen dem Transportarbeiterverband und anderen Verbänden kennzeichnend. In seinem Schlußwort bemerkte der Geschäftsführer, daß die heutige Versammlung gezeigt habe, daß von seiten des Verbandes für die Breslauer Kollegen sehr viel getan worden sei, und daß wir jetzt ernsthaft daran denken müßten, auch der Hauptkasse gegenüber unseren Verpflichtungen je eher desto besser nachzukommen, jeder müßte jetzt energisch ans Zahlen der Doppelbeiträge denken. Dies sei von den Kollegen viel zu sehr unberücksichtigt geblieben.

Deuben. Der Abschluß des 1905/06er Geschäftsjahres der sächsischen Gußstahlfabrik zu Döhlen ergibt, daß sich der Reingewinn dem Vorjahre gegenüber ganz beträchtlich gehoben hat und nahezu eine Million beträgt. Bei 439 658,09 Mk. ordentlichen und außerordentlichen Abschreibungen (1904/05 426 828,21 Mk.) und unter besonders vorsichtiger Bewertung der Vorräte wurde ein Reingewinn von 987 606,89 Mk. (1904/05 575 476,38 Mk.) festgestellt. Man will der Generalversammlung vorschlagen, eine Gesamtdividende von 20 Prozent (1904/05 15 Prozent) und zwar 13⅓ Prozent auf die Aktien, sowie 6⅔ Prozent (20 Mk.) auf jeden Genußschein zu verteilen und nach weiterer Absetzung für Gratifikationen an die Beamten und Zuwendungen an Wohltätigkeitseinrichtungen in Höhe von 95 000 Mk. den Betrag von 198 421,82 Mk. (1904/05 10 997,55 Mark) auf neue Rechnung vorzutragen. Und da hieß es, wie die Gießereiarbeiter die Forderungen einreichten, das brächte der jetzige Geschäftsgang nicht ein. Da wird immer lamentiert und dahinterher lachen sich die Aktionäre eins ins Fäustchen. Was sich die Arbeiter erringen und erkämpfen, wird doppelt wieder aus ihren Knochen herausgeschunden. Man möchte wünschen, die Herren Aktionäre möchten einmal mit den Arbeitern tauschen — ob sie dann auch noch so, wie es allgemein üblich ist, über die Begehrlichkeit der Arbeiter zetern würden?

Fechenheim. In einer öffentlichen Versammlung referierte Genosse Diener aus Frankfurt a. M. über: „Die Arbeiterwohlfahrtseinrichtungen im Lichte der Wahrheit". Wie so viele Industrieunternehmer mit schlechten Lohnverhältnissen, so sucht auch die hiesige chemische Fabrik einen großen Teil ihrer Arbeiter durch Gewährung billiger Wohngelegenheit an den Betrieb zu fesseln. Auch durch Gewährung von Darlehen bringen es die Herren der Farbwerke fertig, viele Arbeiter in eine vermehrte Abhängigkeit von sich zu bringen und sie geistig zu bevormunden. Daß die in solcher Art an den Betrieb gefesselten Arbeiter nur schwer der Organisation zugeführt werden können, liegt auf der Hand. Daß diese Art von Wohlwollen dem Arbeiter gegenüber nicht humanen und edlen Motiven entspringt, sondern nur dazu bestimmt ist, die kapitalistischen Interessen zu fördern und zu wahren, braucht wohl kaum gesagt zu werden. Der Unternehmer sucht sich zu decken gegen die möglichen Folgen, die eine Störung des Betriebs und hierdurch bedingte materielle Verluste im Gefolge haben können. Die rigorosen Bestimmungen, die für den Inhaber einer Fabrikwohnung bestehen, wenn er in Konflikt mit dem Arbeitgeber kommt, erschweren solchen Arbeitern die freie unbehinderte Willensäußerung und nötigen sie zur Heuchelei und Selbstverachtung. Wenn auch anerkannt werden muß, daß die Verhältnisse in der Arbeiterkolonie der hiesigen Farbwerke bessere sind als jene, die wir im rheinisch-westfälischen Industrie- und Bergbaugebiet vorfinden, wie bei Stumm u. a.; so sind und bleiben es doch kapitalistische Fesseln für jeden Arbeiter, wenn er bei ungenügendem Lohn Gebrauch macht von den angeführten Wohlfahrtseinrichtungen, die unter solchen Umständen absolut demoralisierend auf den Menschen wirken. Das vorstehend aus dem Referat mitgeteilte mag, weil auf die örtlichen Verhältnisse zutreffend, genügen, doch sei bemerkt, daß das, was Genosse Diener über die Entstehung der ersten Arbeiterwohnungen bezw. Arbeiterbaracken vortrug, im höchsten Grade interessant und belehrend war. Wenn Genosse Diener am Schlusse seiner Ausführungen betonte, daß Arbeiter, die mit Energie und Beharrlichkeit an der Verbesserung ihrer Existenzbedingungen unerschütterlich arbeiteten und auf Wahrung ihrer Menschenwürde und Selbstachtung besonderen Wert legten, entschieden mehr Achtung und Wertschätzung verdienen, als die Kollegen, die nur eines scheinbaren Vorteils wegen ihre heiligsten Rechte preisgeben, so können wir dem nur zustimmen. Wo dem Arbeiter, wie dies in Ausnahmefällen vorkommt, bei ausreichender Entlohnung noch besondere Vergünstigungen und Annehmlichkeiten gewährt werden, läßt sich gegen solche Art Arbeiterfürsorge nichts einwenden und erkennen wir die gute Absicht in diesem Falle gerne an. Alle anderen, unter dem Deckmantel wohlwollender Arbeiterfürsorge gemachten Versuche, den Arbeiter noch in besondere Fesseln zu schlagen, werden wir, weil demütigend und degradierend für den Betreffenden, stets und immer bekämpfen. — Das Resultat dieses Vortrages war wiederum die Gewinnung einer größeren Zahl von Kollegen für unseren Verband.

Gößnitz, S.-A. Sonntag, den 12. August, nachmittags 3 Uhr, tagte im „Deutschen Haus“ die allmonatlich stattfindende Versammlung. Zu derselben war Kollege Heinrich Wirth, Eisenberg, S.-A., als Referent erschienen. Kollege Wirth, welcher direkt vom Verbandstag in Leipzig kam, entledigte sich seiner Aufgabe zur vollsten Zufriedenheit und in leicht verständlicher Weise. Aus seinen Ausführungen ist zu entnehmen, daß bisher großes vom Verband geleistet worden ist, daß aber noch viel mehr getan werden kann, wenn erst die noch in vollständiger Finsternis tappende ungeheuer große Zahl der Landarbeiter für die Organisation gewonnen ist. Des weiteren beleuchtete Kollege Wirth die vom Verbandstag beschlossene Erhöhung der Beiträge und der Streikunterstützung. Auch die Maifeier und die dadurch entstehenden Folgen nebst Unterstützung wurden einer Beleuchtung unterzogen. Es wurde folgende Resolution vorgelegt und einstimmig angenommen: „Die am 12. August im „Deutschen Haus“ tagende Mitgliederversammlung der Zahlstelle Gößnitz erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten, Kollegen Heinrich Wirth, Eisenberg, einverstanden. Die Versammlung erkennt es als unbedingte Notwendigkeit an, daß die Beiträge erhöht werden mußten. Gleichzeitig erklären sich die Anwesenden mit den Beschlüssen, die betreffs der Maifeier und der Streikunterstützung gefaßt worden sind, vollständig einverstanden und verpflichten sich, allen Anforderungen von seiten des Verbandes unweigerlich nachzukommen.“

Leipzig. Am 15. August tagte im „Volkshaus“ eine öffentliche Versammlung, in der über den Verbandstag berichtet wurde. Kollege Schumann verbreitete sich über die gefaßten Beschlüsse. Es ging dann folgende Resolution ein: „Die heute im „Volkshaus“ versammelten Mitglieder des Fabrikarbeiterverbandes sind mit den Ausführungen der Delegierten über die Verhandlungen des Verbandstages einverstanden. Die Kollegen und Kolleginnen erkennen an, daß es, um den weiteren Ausbau und die Ausbreitung des Verbandes zu fördern, notwendig war, die Verbandsbeiträge zu erhöhen. Die Kollegen und Kolleginnen sind weiter überzeugt, daß die Unternehmer die Kassen der Organisationen durch immer größere und langandauerndere Aussperrungen zu sprengen versuchen werden, um dadurch die Arbeiterschaft in ihrem Kampfe um Erringung besserer Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu hemmen, und daß es sich notwendig macht, die Machinationen der Unternehmer zu durchkreuzen. Die Kollegen und Kolleginnen verpflichten sich daher, für alle Fälle kampfbereit zu sein und eventuell weitere Opfer für die Organisation zu bringen.“ Diese Resolution wurde einstimmig angenommen. Unter Gewerkschaftlichem wurde beschlossen, die Erhöhung der Lokalbeiträge als besonderen Punkt auf die Tagesordnung der nächsten Versammlung zu setzen. Das Agitationskomitee L.-Ost wurde um 3 Kollegen verstärkt. Nachdem der Vertrauensmann die Kollegen und Kolleginnen ersucht, dafür zu sorgen, daß unsere Versammlungen besser besucht werden, und weiter auf den Bierkrieg hingewiesen hatte, wurde die schwach besuchte Versammlung geschlossen.

Plauenscher Grund. Am Sonntag, den 29. Juli, tagte unsere Quartalsversammlung in Angermanns Gasthof in Döhlen. Kollege Wolf referierte über: „Die Erhöhung der Nahrungsmittelpreise und unsere Aufgaben“. Unsere Aufgaben seien: Sich auch politisch zu organisieren, die Arbeiterpresse zu lesen und sich den Genossenschaften anzuschließen. Wir müßten einig sein in allen unsere Lebensfragen berührenden Kämpfen und Aktionen. In der Debatte verurteilte man scharf die Bier- und Zigaretten-Preiserhöhung. Man dürfe kein Bier mehr dort trinken, wo es jetzt so ungerechterweise verteuert worden sei, es gebe andere erfrischende Getränke genug. Hierauf gab Kollege Wolf den Kassenbericht über den Gießereiarbeiter-Ausstand. In den Betrieben im Plauenschen Grund seien für uns 156 Kollegen in Frage gekommen, aus Dresdener Betrieben 66, diese hätten ihre Unterstützung deshalb in Dresden erhalten. Für erstere bilanziert die Einnahme und Ausgabe mit 19 630,51 Mk. Nach Dresden wurden 724 Mk. extra für Lokalunterstützung gezahlt. Der Kampf sei zugunsten der Arbeiter beendigt worden. — Die Hauptkasse des Quartalsberichts bilanziert in Einnahme und Ausgabe mit 21 748,10 Mk. 321 Mitglieder sind eingetreten. Ausgegeben wurde für Erwerbslosenunterstützung 1629 Mk., Streik: 17 808,19 Mark. Bilanz der Lokalkasse: 4167,34 Mk.; Streik: Aus lokalen Mitteln ausgegeben 2546,27 Mk.; Kassenbestand 357,25 Mk. Der Bericht zeigt, daß die Unternehmer die Kasse nicht zu sprengen vermochten, trotzdem unsere Organisation im Plauenschen Grund noch jung ist. Das muß ein Ansporn für die Mitglieder sein, weiter zu agitieren und für eine gut gefüllte Kriegskasse zu sorgen. Die Mitgliederzahl hat 1700 im Laufe des Monats überschritten. — Weitere Erfolge sind im vergangenen Quartal erreicht worden: Zurücknahme der Maßregelung und Lohnreduktion, sowie Gewährung einiger Pfennige Lohn pro Stunde mehr bei Gerlach, Döhlen (Ziegelei), Seidel u. Hänsel (Ziegelei), Steinbruch Eckersdorf, Steinbrüche Plauenscher Grund, Ziesche, Schmirgelwerk, Deuben. Ueberall ist es vorwärts gegangen. Mögen die Kollegen auch künftig eifrigst dafür sorgen, daß das Organisationswerk rüstig fortschreitet.

Wandsbek. In der am 8. August stattgefundenen Mitgliederversammlung gab Stockhause die Abrechnung vom Sommerfeste. Die Einnahme ist 392,42 Mk., die Ausgabe 303,77 Mk., mithin ein Ueberschuß von 88,66 Mk. Dem Kassierer wurde Decharge erteilt, auch wurde ihm eine Gratifikation von 5 Mk. bewilligt. Sodann gab Evers den Bericht vom Lederarbeiterstreik. Martens berichtete, daß uns der Streik 1650 Mk. gekostet habe. Zum Schluß verlas Martens noch diejenigen, welche wegen Schulden gestrichen werden müssen, es sind E. Engel und Geschwister Almstedt.

Wiesdorf. Unsere Agitation unter den hiesigen Ziegeleiarbeitern hat diese in hellen Scharen zur Organisation gebracht. Aber da war es auch wahrhaftig Zeit, daß diese Arbeiter sich ermannten, um die menschenunwürdigen Zustände auf den Ziegeleien hier am Orte zu besprechen und die Abänderungen zu beraten. Die empörendsten Zustände werden in den Versammlungen berichtet. Von einem Kollegen, der während seiner Anwesenheit hier Augen und Ohren offen gehalten hatte, erhielten wir folgende Zuschrift:

. . . ., 12. 8. 1906.

Herr Specht, Wiesdorf!

Sie werden gestatten, wenn ich so frei bin und Ihnen ein Schriftstück unterbreite mit folgendem Inhalt. Sie hielten am 22. Juli eine Ziegeleiarbeiter-Versammlung ab, welche auch ich besucht habe. Ich hätte auch damals das Wort ergriffen, wenn ich nicht durch starke Erkältung am Sprechen verhindert gewesen wäre. So will ich es jetzt schriftlich tun und gebe mich der angenehmen Hoffnung hin, daß Sie sobald als möglich nochmals eine Versammlung abhalten, ehe die meisten Kollegen wieder abreisen. Nun zur Sache. Ich selbst bin 30 Jahre im Ziegeleibetrieb beschäftigt, habe sämtliche Stufen, vom kleinsten bis zum höchsten, mitgemacht und habe dabei erfahren, welche schauderhaften Zustände bestehen, und wie weit die Ziegeleiarbeiter gegen andere Arbeiter zurück sind. Zunächst will ich über die sanitären Zustände in dortiger Gegend berichten. 1905 war ich auf der Ziegelei Schwung, Rheinstraße, beschäftigt. In der langen Zeit von dreiviertel Jahren ist einmal durch die Gewerbe-Inspektion revidiert worden, aber Zweck hat solche Revision sehr wenig. In der ganzen Zeit (36 Wochen) gab es kein frisches Bettstroh, keine frische Bettwäsche. Unter den Betten wird nicht gefegt. An Flöhen und Wanzen wimmelt es überall. Kommen neue Arbeiter zugezogen, die müssen wieder in die schmutzigen Decken, worin vielleicht Geschlechts- und andere Kranke geschlafen haben, hineinkriechen. Ist man da nicht unter dem Vieh? Auch das Trinkwasser ist mangelhaft. 40—50 Personen sind in einem Schlafraum untergebracht. Kommt man mal des Nachts von draußen in diesen Raum, so glaubt man, man müßte ersticken. Auch der Lohn ist spärlich. Bei Erwachsenen schwankt er zwischen 24—27 Mark die Woche bei 13—14stündiger täglicher Arbeitszeit, das ist die Stunde 30—32 Pf., und dabei muß man sich die Leistung betrachten, wo der Lehm auf Karren, täglich ein Gewicht von tausend Zentner, geladen und transportiert wird. Man fragt, woran liegt dieses nun? Zunächst an den Arbeitern selbst. Würden sie sich besser zusammenschließen, so wäre es ein leichtes, alle diese Uebelstände zu beseitigen, denn in das Ziegelfach ist jeder Arbeiter nicht ohne weiteres so einzustellen, weil es fast alles gelernte Arbeit ist. Die größte Schuld liegt aber an den Meistern. Ich will Ihnen ein Beispiel anführen: Die fragliche Ziegelei ist mit einem neuen Meister besetzt worden. Es waren nicht weniger als 179 schriftliche Offerten eingegangen, ohne die persönlichen Bewerbungen. Solche Fälle könnte ich noch Hunderte anführen. Sie können es lesen in den lippeschen Zeitungen, wie sich die Meister durch Reklame anbieten, mit hoher Kaution. Auch werden 200 Mark Belohnung für eine gute Meisterstelle ausgeschrieben. Da müssen sich die Besitzer doch sagen, weshalb soll ich höhere Preise zahlen, wo ich Meister genügend haben kann. Daß so eine Meisterstelle, zum Beispiel wie in Wiesdorf, 1 und 2 auf Manfort, etwas abwirft, ist leicht erklärlich. Das scheußliche Kantinenwesen, wo auf 1 Brot von 50 Pf. 10 Pf. Aufschlag kommen, auf 1 Liter Schnaps 10—12 Pf., Fleisch, Bier. Alles, was der Arbeiter ißt und trinkt, muß der Arbeiter nochmals bei dem Meister versteuern und der Meister, der keine Gewerbesteuern bezahlt, hat doppelten Nutzen! Nach § 38 ist es dem Meister gestattet, Lebensmittel zum Einkaufspreise zu verabreichen. Alle diese Polizei-Bestimmungen hängen zur Genüge auf den Ziegeleien aus, aber es gibt manchen Arbeiter, der nichts davon weiß. Einen Gewerbeinspektor kriegt man höchst selten zu sehen. Hinter dem Schlafraum lagert ein Misthaufen, vor dem Hause fließt die Jauche. In der Küche steht das Abfallfaß. Die Fliegen wandern aus diesem in die Eßschüsseln. Eine schöne „öffentliche“ Gesundheitspflege! Der Meister wird sicher keine Beschwerde einreichen, sonst ist er bange, daß er um seine Stellung kommt, und die Arbeiter kommen mit den Aufsichtsbeamten nicht in Berührung. Nur durch den Verband kann für die Arbeiter etwas erzielt werden. Die Lipper sind aber am schwersten für den Verband zu gewinnen. Mögen sie durch die Veröffentlichung dieser Zustände sich ermannen.

Mit kollegialem Gruß

*** aus Lippe.

Soweit die Zuschrift.

Name und jetziger Beschäftigungsort dieses Kollegen, der so beredt von der Unhaltbarkeit der Zustände in seinem Berufe, und nicht zuletzt über die hiesigen Verhältnisse klagt, brauchen wir wohl nicht anzuführen. Noch vieles ist uns berichtet worden, mit welchen Praktiken man diese Arbeiter behandelt. Nächstens wollen wir uns einmal die „Dreibund“-Ziegeleibesitzer Boes-Odenthal und Genossen aus Wiesdorf vornehmen, namentlich den letztern, der ein Lebensmittelgeschäft betreibt. Hauptsache ist natürlich, daß alle Ziegeleiarbeiter erkennen, daß die bisherige Lauheit, die großen Schaden angerichtet hat, fallen gelassen und in der Organisation des Fabrikarbeiterverbandes das Mittel erblickt wird, mit dem all den Miß- und Uebelständen entgegengetreten werden kann.

Eingänge.

„Neuer Welt-Kalender für das Jahr 1907“, Hamburg, Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer u. Komp. Preis 40 Pf.

Verbandsnachrichten.

Vom 31. Juli ab gingen bei der Hauptkasse folgende Beträge ein:

Kiel 1600,—. Harburg 800,—. Gaiberg 448,32. Lägerdorf 235,35. Althaldensleben 209,20. Bürgel 212,—. Waltershausen 207,14. Cattenstedt 207,—. Sandhofen 200,—. Schonungen 190,82. Barby 155,84. Elsterwerda 112,—. Kall 100,—. Rathenow 94,80. Duisburg 89,55. Seligenstadt 74,22. Neustettin 68,68. Zerbst 61,65. Herzberg 58,—. Kostheim 50,29. Kahl 56,70. Harzburg 55,88. Lauterbach 36,42. Ohlstedt 4,18. Muskau 84,90. Cöpenick 1800,—. Bergedorf 1000,—. Mügeln 1000,—. Delmenhorst 750,—. Wolgast 466,—. Hann.-Münden 300,—. Velten 222,05. Bieber 75,08. Zahna 24,72. Hannover 2200,74. Worms 297,75. Oberursel 92,52. München 1100,—. Alfeld 232,88. Fleck 30,30. Moschendorf 3,—. Magdeburg 1600,—. Frankenthal 800,—. Neumünster 400,—. Woldegk 100,—. Bruckhausen 16,30. Gransee 13,58. Birkenau 11,—. Zehdenick 150,—. Schmiedeberg i. R. 199,40. Stettin 800,—. Schiffbek 1080,—. Ludwigshafen 2400,—. Wilhelmsburg 800,—. Frankfurt 2830,87. Leipzig 1500,—. Nürtingen 88,56. Barth 200,—. Zwickau 120,—. Lorch 20,94. Oederan 121,54. Kötitz-Coswig 321,69. Cöthen 135,—. Klein-Karlbach 89,67. Anklam 19,49. Fürstenberg 77,40. Herzfelde 115,10. Bruckdorf 176,78. Neuhofen 200,—. Biebrich 151,97. Gernsheim 119,10. Lehrte 55,—. Bieberach a. Rh. 9,84. Ueckermünde 73,83. Düsseldorf 284,16. Varel 209,92. Weisenau 23,04. Frankenthal 561,98. Genthin 66,40. Wilster 100,—. Blankenburg 200,—. Rötha 31,20. Oppau 150,—. Mundenheim 24,—. Thale 200,—. Kl.-Auheim 138,64. Johannisburg 3,72. Oberschlema 28,12. Höchst 750,20. Uetersen 122,86. Podejuch 200,—. Potsdam 465,96. Melle 9,36. Großkühnau 97,58. Mülheim a. Rh. 200,—. Oberröslau 51,68. Brandenburg 123,60. Kolberg 100,—. Sonneberg 137,54. Wismar 8,50. Schwiebus 128,02. Wittenberg 261,76. Kaiserslautern 200,—. Olvenstedt 266,79. Egeln 68,78. Sulgau 109,50. Stadtoldendorf 280,—. Neu-Isenburg 50,—. Johannisburg 5,60. München 1000,—. Dresden 800,—. Werder 738,73. Preetz 84,43. Zwickau 10,—. Hannover 1000,—. Breslau 1000,—. Br[illegible] 600,—. Spandau 800,—. Köln 41,41. Braunlage 14,70. Alfeld 100,—. Eilenburg 150.—. Wanne 25,15. Cöslin 600,—. Striegau 100,—. Hahn 35,85. Pl. Grund 600,—. Hannover 1600,—. Gr.-Ottersleben 200,—. Zuffenhausen 200,—. Durlach 5,32. Freienwalde 200,—. Halle 800,—. Karlsruhe 264,—. Heilbronn 500,—. Pinneberg 665,93. Hildesheim 167,79. Hohenwestedt 17,76. Schifferstadt 200,—. Mannheim 1003,80. Friedrichstadt 59,80. Kelsterbach 7,—. Wedel 300,—. Leipzig 55,96. Gößnitz 75,—. Kolberg 100,—. Bernburg 600,—. Harburg 800,—. Mügeln 171,47. Albersweiler 14,28. Thale 200,—. Lägerdorf 250,—. Breslau 500,—. Ratzeburg 100,—. Plauenscher Grund 800,—. Hanau 100,—. Hechtsheim —,80. Dresden 800,—. Reichenhall 30,—. Hannover 1800,—. München 1000,83. Lorsch 190,32. Eisenberg 200,—. Coswig 600,—. Bremen 600,—. Uetersen 250,—. Erfurt 150,—. Straßburg 200,—. Hannover 75,—. Velten 600,—. Schorndorf 66,68. Stockelsdorf 200,—. Holzen 259,60. Blankenburg 200,—. Offenbach 700,—. Stadtilm 53,74. Frankenthal 200,—. Kiel 358,23. Güstrow 134,05. Charlottenburg 800,—. Mundenheim 400,—. Mühlenbeck 170,50. Mombach 148,—. Freising 120,60. Eberswalde 120,—. Kall 50,—. Einzelmitglieder 124,65.

Schluß: Montag, 27. August, mittags 12 Uhr.

Für den Gau 9 ist der Kollege Waldemar Funk, Berlin, als Gauleiter gewählt worden, der Mitte September das Amt antreten wird.

Zur Erhebung eines Extrabeitrages haben Zustimmung erhalten:

Zahlstelle Germendorf 15 Pf. pro Mitglied und Monat.

Zahlstelle Lehrte 5 Pf. pro Woche und Mitglied.

Zahlstelle Johannisburg pro Mitglied und Monat 10 Pf.

Zahlstelle Oderberg 10 Pf. pro Mitglied und Monat.

Verlorene und für ungültig erklärte Bücher.

Ausgestellt auf den Namen Friedrich Bergmann am 1. 12 1905 in Westerland.

Neue Adressen und Adressen-Aenderungen.

Borby. Friedrich Marten, Prinzenstraße.
Elsterwerda. Franz Fastin, Bichler.
Fürth (Bayern). Peter Koch, Kaiserstraße 99, 2. Et., Vorsitzender; Johann Bauer, Amalienstraße 54, 4. Et., Kassierer.
Neuhaldensleben. Auszahlung der Erwerbslosen-Unterstützung mittags von 12—1 Uhr und abends von 7 Uhr an bei Fr. Diedrich, Hohenzollernstraße 20.
Siegelbach bei Kaiserslautern. Joseph Baudi, Erfenbach.
Strehla (Elbe). Herm. Jahn, Hauptstraße 173.
Warin in Mecklenburg. (Gau 4.) Jost Bretzmann, Lembke.

An die Mitglieder des Gaues 3.
Brandenburg und Posen.

Am **Sonnabend, den 27. Oktober,** und **Sonntag, den 28. Oktober 1906,** findet zu **Berlin** im **„Gewerkschaftshaus“,** Engelufer 15, Saal 1, unsere

Gaukonferenz

statt. Dieselbe wird **Sonnabend abend 7 Uhr** eröffnet.

Tagesordnung:
1. Bericht des Gauvorstandes. a) Vorsitzender; b) Kassierer.
2. Referat.
3. Die Beschlüsse des Verbandstages zu Leipzig.
4. Berichterstattung der Zahlstellen und Beratung der gestellten Anträge.
5. Wahl des Ortes für die nächste Konferenz.
6. Verschiedenes.

Unterzeichneter ersucht die Bevollmächtigten, die Wahl der Delegierten unverzüglich vorzunehmen. Jede Zahlstelle ist berechtigt, auf eigene Kosten Delegierte zu entsenden. Anträge sind bis spätestens **1. Oktober** an den Gauvorstand einzusenden.

Der Gauvorstand. [3,45 ℳ

J. A.: **E. Bennewitz, Berlin C. 54,** [illegible] 215, Hinterh., 3. Et.

Dittersbach.

Sonntag, den 2. September, vormittags 11 Uhr:

Versammlung der Einzelmitglieder

im **„Gasthaus zur Krone“** (Altwasser).

Ein zahlreiches Erscheinen ist notwendig. Gäste haben Zutritt.

1,20 ℳ] **Der Vertrauensmann.**

Zahlstelle Langelsheim u. Umgegend.

Sonntag, den 9. September, nachmittags 3 Uhr:

Mitglieder-Versammlung

Tagesordnung:
1. Berichterstattung vom Verbandstag. Referent: Kollege **Grossmann**-Magdeburg.
2. Verschiedenes.

Wegen der Wichtigkeit, namentlich des 1. Punktes der Tagesordnung ist es dringend notwendig, daß jedes Mitglied in der Versammlung erscheint.

1,50 ℳ] **Die Bevollmächtigten.**

Zahlstelle Billwärder.

Dienstag, den 11. September 1906, abends 9½ Uhr:

Mitglieder-Versammlung

im Lokale des Herrn **F. Fischer.**

Tagesordnung:
1. Berichterstattung vom Verbandstage in Leipzig.
2. Was haben wir bei einem Streik strikte zu beachten?
3. Innere Verbandsangelegenheit.

Um zahlreiches Erscheinen ersuchen

1,80 ℳ] **Die Bevollmächtigten.**

Zahlstelle Erfurt.

Unsere **Mitglieder-Versammlungen** finden **jeden zweiten Sonnabend im Monat, abends 8½ Uhr,** im **„Tivoli“** statt.

Um regen Besuch bitten

0,20 ℳ] **Die Bevollmächtigten.**

Zahlstelle Neumünster.

Sonntag, den 2. September, nachmittags 3 Uhr:

Mitglieder-Versammlung

bei **Burg,** Klosterstr. 7.

Tagesordnung:
1. Aufnahme.
2. Kartellbericht.
3. Kartellvertrag mit dem Bauarbeiter-Verband.
4. Fragekasten und Verschiedenes.

NB. Diejenigen Kollegen, die am Bau beschäftigt sind, sind besonders zu dieser Versammlung eingeladen.

2,10 ℳ] **Die Bevollmächtigten.**

Zahlstelle Tegel und Umgegend.

Sonntag, den 9. September, nachmittags 3 Uhr:

Versammlung

bei **Gehlhaar,** Berlinerstr.

Tagesordnung:
1. Abrechnung vom Sommernachtsball.
2. Bericht vom Verbandstage. Ref.: Kollege **Gust. Tempel,** Adlershof.
3. Diskussion.
4. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.

Um das Erscheinen sämtlicher Kollegen bitten

1,35 ℳ] **Die Bevollmächtigten.**

Zahlstelle Niesky und Umgegend.

Die Mitglieder-Versammlung

findet **Montag, den 3. September, abends 7 Uhr,** im Verbandslokale des Herrn **Hering,** Neuhof, statt.

Zahlreiches Erscheinen erwünscht.

1,20 ℳ] **Die Bevollmächtigten.**

Zahlstelle Roßlau-Rodleben.

Sonnabend, den 15. September 1906, abends 8½ Uhr:

Mitglieder-Versammlung

in der **„Goldenen Krone“,** Roßlau.

Auf der Tagesordnung steht der Bericht vom Verbandstage.

Kollegen und Kolleginnen! Erscheint in Massen in dieser Versammlung, zeigt, daß ihr Interesse zu eurem Verbande habt und tut das Mögliche.

1,50 ℳ] **Die Bevollmächtigten.**

Zahlstelle Sonneberg.

Wir machen die Kollegen darauf aufmerksam, daß unsere

Mitglieder-Versammlungen

jeden zweiten Sonntag im Monat im Gasthof **„Zum schwarzen Bären“** stattfinden. Zahlreichen Besuch der Versammlungen erwartet

1,20 ℳ] **Die Verwaltung.**

Ludwig Hölzel,

geb. 7. August 1887 zu Laberneinting in Nieder-Bayern, wird ersucht, da er in einem Prozeß Zeugnis ablegen soll, seine Adresse an den **Bevollmächtigten des Lederarbeiter-Verbandes** zu **Neustadt a. d. Orla** gelangen zu lassen. [0,90 ℳ

Velten.

Ich erlaube mir die Mitteilung, daß ich das

Restaurant „Zum goldenen Stern“,

Bahnhofstr. 8, von Herrn **Fr. Rosinski** übernommen habe. Billard und Vereinszimmer stehen zur gefl. Benutzung. Für gute Speisen und Getränke ist stets gesorgt.

Um geneigten Zuspruch bittend, zeichne hochachtungsvoll

Paul Rädeke.

1,65 ℳ

Flugschriften
der
Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands
Nr. 7

Der organisierte Kampf der Unternehmer gegen die Arbeiter

1906.
Verlag: C. Legien, Berlin SO., Engel-Ufer 15.

An die Millionen von Arbeitern und Arbeiterinnen, die sich ihrer Gewerkschaftsorganisation noch nicht angeschlossen haben, die abseits stehen von den großen wirtschaftlichen Kämpfen auf dem Gebiet der Arbeit, ergeht heute der Ruf, **einzutreten in unsere Reihen** und ihren Arbeitsbrüdern und Arbeitsschwestern das **Ringen um menschenwürdigere Daseinsbedingungen erleichtern** zu helfen. **Ein und eine halbe Million** Arbeiter und Arbeiterinnen sind heute schon der gewerkschaftlichen Organisation beigetreten, ein ansehnliches Heer, das für die Rechte der unterdrückten Arbeit zu kämpfen versteht. Aber um das Mehrfache größer ist die Zahl der Unorganisierten, die den Ernst der Zeit und die vornehmste Pflicht ihres Standes noch nicht begriffen haben, selbst nicht in der Epoche der frivolen Riesenaussperrungen, in denen das Unternehmertum seine Berserkerwut austobt, im Zeitalter des **Massenkrieges**, der unterschiedslos Hunderttausende von Arbeiterfamilien in Mitleidenschaft zieht.

Die Drohung des **Gesamtverbandes deutscher Metallindustrieller**, der in seinen Betrieben 320 000 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt, zunächst 70% der Arbeiter auszusperren, dann aber, wenn diese Maßnahme weitere Arbeitseinstellungen nach sich zieht, bis zur **Vollaussperrung** vorzugehen, sollte allen Arbeitern die Augen öffnen über die Kampfpläne des Unternehmertums, müßte allen zeigen, was ihrer harrt! Diesmal konnte der Riesenkampf noch mit knapper Not verhindert werden, aber daß schon die allernächste Zukunft uns **wirkliche Riesenkämpfe** bringen wird, daran ist gar nicht zu zweifeln. Hinter dem Gesamtverband deutscher Metallindustrieller steht der

Verein deutscher Arbeitgeberverbände,

dem der **Bund der Industriellen**, der Verband sächsischer Industriellen, der Arbeitgeberverband für den bergischen Industriebezirk, die Vereinigung schleswiger Arbeitgeberverbände, der Verein der Industriellen Pommerns, der Bund der Arbeitgeberverbände Berlins, die Arbeitgeberverbände Augsburg, Bromberg, Bielefeld, Flensburg, Forst, Hamburg-Altona, ferner die Industriellenverbände der Brauereien Rheinland-Westfalens, der Berg- und Hüttenwerke des Aachener Bezirks, der deutschen Flaschenfabriken, der ostdeutschen Holzindustrie, der deutschen Schiffswerften, der deutschen Tonindustrie, der Erzeugung feuerfester Produkte, der Dachpappenfabrikation usw. angehören. Hinter jenem Arbeitgeberverband steht ferner die

Gesellschaft zur Entschädigung von Arbeitseinstellungen,

deren Zweck es ist, die in Streiks und Aussperrungen engagierten Arbeitgeber durch Entschädigung etwaiger Verluste in ihrem Widerstand zu kräftigen.

Und zur Seite steht dieser Kampforganisation von Arbeitgebern ein weit **mächtigerer Bundesgenosse**, die

Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände,

deren Seele der einflußreiche **Centralverband deutscher Industrieller** ist. Diese Hauptstelle ist zu dem Zwecke ins Leben gerufen, der Arbeiterschaft ihren Kampf für bessere Arbeitsbedingungen möglichst zu **erschweren** und den im Kampfe befindlichen Arbeitgeber, gleichviel, ob es sich um Streik oder Aussperrung handele, jede mögliche Hülfe durch Beschaffung und Schutz von Arbeitswilligen, Ausschluß der Streikenden und Ausgesperrten von jeder Arbeitsgelegenheit, Sammlung von Geldmitteln und dergl. zu gewähren. Die Hauptstelle umfaßt die bedeutendsten Industriellenverbände der Berg- und Hütten-, Großeisen-, Maschinen-, Textil-, Papier-, chemischen, Nahrungsmittel- und anderer Industrien, zahlreiche örtliche Arbeitgeberverbände, Handelskammern, Berufsgenossenschaften usw. Sie steht mit dem Verein deutscher Arbeitgeberverbände in einem **Kampfkartell** zum Zwecke der gegenseitigen Hülfe bei Arbeitskämpfen. Diese gegenseitige Unterstützung soll bestehen im gemeinsamen **Schutz der Arbeitswilligen,** in der Durchführung der **Streikklausel,** wonach zugunsten kämpfender Arbeitgeber auf die Innehaltung der Lieferfrist bei Aufträgen verzichtet wird, im gemeinsamen Rechtsschutz, im Austausch aller auf Kämpfe usw. bezüglichen Nachrichten und in der gemeinsamen Hülfe bei unberechtigten Streiks und Boykotts. Darüber, was als **unberechtigt** zu erachten ist, entscheiden natürlich die Centralstellen der Arbeitgeberverbände völlig selbstherrlich. Dieses Kartellbündnis trat bereits in Funktion bei der jüngsten Formerbewegung, die zur Aussperrung von 320 000 Arbeitern führen sollte. Es war also die gesamte Macht des organisierten Unternehmertums mobilisiert, um den Arbeitern eine **Entscheidungsschlacht** zu liefern. Dank dem strategischen Geschick der kämpfenden Gewerkschaft war **der Liebe Mühe umsonst!** Aber das hat die Scharfmacherverbände nicht in ihren **weiteren Kampfvorbereitungen** aufgehalten, und so ist denn am 23. Juni d. Js. das längst geplante Werk einer **Streikversicherung der Hauptstelle** zustande gekommen. Die neue, unter geschäftlicher Führung der Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände stehende Gründung nennt sich

Schutzverband gegen Streikschäden.

Sie will den Mitgliedern bei der Abwehr „unberechtigter" Forderungen und „unberechtigten" Vorgehens der Arbeiterschaft vollen Schutz gewähren, sobald die Abwehr im **allgemeinen** Interesse der Unternehmer liegt, ohne in Kämpfe rein lokaler Bedeutung einzugreifen, deren Unterstützung vielmehr dem betroffenen Arbeitgeberverbande bezw. den zu größerer finanzieller Wirksamkeit zusammengeschlossenen Verbänden überlassen bleiben soll. Es handelt sich also bei dieser Neugründung um eine **Streikversicherung großen Stils,** die ihre Spitze richtet gegen die Gesamtheit ganzer Arbeiterberufe, bezw. gegen die **gesamte Arbeiterschaft.** Noch befindet sich das neue Schutzbündnis in den ersten Anfängen. 53 Orts- und Bezirksverbände von Unternehmerorganisationen, die insgesamt 285 000 Arbeiter beschäftigen, sind ihm erst angeschlossen. Auch muß sich das Wirken einer solchen Streikversicherung der Unternehmer erst erproben, ehe die Arbeiterschaft Grund hat, diese Kampfesmittel der Arbeitgeber ernsthaft in Rechnung zu ziehen. Solche Rüstungen sind aber für die Arbeiter

eine ernste Mahnung

auf der Hut zu sein und sich auf größere Kämpfe gefaßt zu machen, denn hinter diesen Kriegsvorbereitungen der Scharfmacher steht die unverkennbare Absicht, die Organisation der Arbeiter, und damit jeden Widerstand der letzteren, zu brechen. Heute ist diese Absicht vielleicht noch ein

wenig frommer Wunsch, zu dessen Durchführung den Scharfmachern die Macht fehlt. Sieht die deutsche Arbeiterschaft diesen Kampfrüstungen ihrer Gegner aber tatlos zu und verharren die Millionen, die zwar unorganisiert, aber darum nicht weniger in ihrer Existenz bedroht sind, weiter in ihrer trägen Teilnahmlosigkeit, dann erwächst uns in den Unternehmerorganisationen eine Macht, die dem Kampf unserer Gewerkschaften für eine höhere Lebenshaltung der Arbeiterklasse ein ernstes Hindernis bereitet. Dahin darf es nicht kommen in einer Zeit, in der schon der bloße Stillstand der Lohnverhältnisse angesichts der durch Bodenwucher und Zollgesetzgebung verursachten

allgemeinen Steigerung der Haushaltskosten

einem Rückschritte gleichkommt. Notwendiger denn je bedarf die Arbeiterklasse der

gewerkschaftlichen Organisation

zur Verteidigung ihrer Wirtschaftslage, und sie müßte ins Leben gerufen werden, wenn sie nicht schon vorhanden wäre. Sie ist jedoch vorhanden und kann auf eine Geschichte erfolgreichen Wirkens zurückblicken, sie ist daher die **berufenste Vertretung der Arbeiterschaft** in ihrer Stellung gegenüber dem Unternehmertum und es ist die dringendste Pflicht aller Arbeitsgenossen, in dem entscheidenden Momente, da das Scharfmachertum sich anschickt, den Widerstand der Arbeiter zu brechen, einzutreten in die Reihen der organisierten Arbeiterschaft, mitzukämpfen zur Abwehr der volksfeindlichen Aktionen der Unternehmerverbände.

Niemals war das Unternehmertum so **kriegslüstern** wie jetzt, niemals so rasch bereit, die Arbeiter durch Massenaussperrungen zu brutalisieren, wie seit den Tagen der Centralisierung seiner Kampfesräfte.

Die **Aussperrungspläne** der verschiedensten Systeme, nach Relais, nach dem **A-B-C**, nach **Altersklassen** usw., bekunden ein Maß von Frivolität, das keinerlei Rücksichtnahme auf das Wohl von Hunderttausenden kennt gegenüber der kaltblütigen Verfolgung des kapitalistischen Interessen- und Herrschaftsstandpunktes. Wie der nordamerikanische **Fleischtrust** unbekümmert die Gesundheit von Millionen seinem Profit opferte, wie das deutsche **Junkertum** seine Lebensmittelzölle ohne Scheu vor den unausbleiblichen Folgen der Verkümmerung der Volksernährung durchsetzte, so tritt auch der durch den Widerstand des Proletariats wildgewordene Kapitalismus jedes moralische Gebot mit Füßen, um völlig freie Bahn für seine Massenausbeutung zu schaffen.

Niederwerfung aller Arbeiteransprüche

war der Weckruf für die Organisation aller Arbeitgeber.

„Nieder mit allen unberechtigten Arbeiterforderungen"

klingt es den Arbeitern allerorts entgegen, wenn sie als Ausgleich für die künstlich gesteigerten Lebenshaltungskosten einen höheren Lohn fordern, wenn sie Anteil haben wollen an den enormen Gewinnen der für das Unternehmertum günstigen Konjunktur.

„Nieder mit jeder Arbeiterorganisation!"

Das ist die uneingestandene, aber offensichtliche Parole des Scharfmachertums, weshalb es jede Verhandlung mit Gewerkschaftsleitern, jede Anerkennung derselben als Vertretung der Arbeiterschaft, jede Vertragschließung mit Gewerkschaften ablehnt. Den Arbeiter seiner natürlichen Vertretung, seines Rückhaltes an der Organisation berauben, ihn als Einzelnen zum willenlosen Werkzeug, zum ohnmächtigen Lohnsklaven

gegenüber den übermächtigen Arbeitsherren herabdrücken, ist das Ziel dieser Arbeitgebertaktik. Es hieße die ganze Geschichte jahrzehntelanger Kämpfe zwischen Arbeit und Kapital hinweglöschen, wollte sich die Arbeiterklasse auf dieses Niveau der Rechtlosigkeit zurückdrängen lassen. Aber die Arbeiter wollen nicht umsonst gekämpft und gelitten, nicht umsonst die Schrecken des Ausnahmegesetzes überstanden, nicht umsonst die Bestrebungen ihrer Gegner nach Umsturz- und Zuchthausgesetzen zunichte gemacht haben. In diesem jahrzehntelangen Ringen hat sich die Arbeiterklasse eine Millionenorganisation und dadurch eine achtunggebietende Position geschaffen, die sie nicht der Willkür der organisierten Arbeitgeber preisgeben will. Die Arbeiter werden zu ihren Gewerkschaften und deren Errungenschaften stehen und dieselben bis zum Aeußersten zu **verteidigen** wissen.

Die Bestrebungen des Unternehmertums, die Arbeiterorganisation zu vernichten, sind älter als die meisten der heutigen Unternehmerverbände. Sie fanden früher ihren Ausdruck in der Forderung nach **gesetzlicher Unterdrückung** der Gewerkschaften und ihrer Streiks. Es waren liberale Arbeitgeberkreise, von denen 1872 die Anregungen zur **Einschränkung des Koalitionsrechts** und zur **Bestrafung des Kontraktbruches der Arbeiter** ausgingen. In diesen Kreisen fand auch das spätere **Sozialistengesetz**, das die damaligen Arbeiterorganisationen mit einem Schlage vernichtete, seine festeste Stütze. Als aber dieses Gesetz fiel, nachdem es sich als unwirksam erwiesen hatte, die Arbeiter dauernd zu knebeln, da schlossen sich die Arbeitgeber selbst zur Bekämpfung der Arbeiterbewegung zusammen. Ihre damals noch im Dienste der Zoll- und Interessenpolitik aufgehenden Wirtschaftsverbände wurden mehr und mehr zu **Kampforganisationen gegen die Arbeitergewerkschaften** entwickelt. Die ersten Anregungen gingen von einzelnen Städten mit starkentwickelter Arbeiterbewegung (Hamburg-Altona, Berlin, Braunschweig) aus. In der Ausschußsitzung des **Centralverbandes deutscher Industrieller** vom 22. und 23. Mai 1890 wies der Geschäftsführer **Bueck** auf diese Organisationsbestrebungen hin und der Fabrikdirektor **Rickel-Harburg** empfahl damals schon einen **systematischen Ausbau** und die **einheitliche Zusammenfassung dieser Arbeitgeberverbände.** Die Anregung wurde dem Direktorium des Centralverbandes zur weiteren Erwägung überwiesen. Damals hoffte das Unternehmertum aber noch immer auf eine gesetzliche Unterdrückung der Arbeiterbewegung; es konnte sich an den Gedanken eines völligen Bruches mit dem System Bismarck nicht gewöhnen. Die Regierung hat es ja auch an dahinzielenden Versuchen nicht fehlen lassen, aber sie hatte damit bei den Mehrheitsparteien des Reichstags keinen Erfolg. Ihre Verschärfung des § 153 der Gewerbeordnung und ihre Umsturzvorlage wurden abgelehnt. Nicht besser erging es der preußischen Regierung mit dem Bestreben, das Vereinsgesetz zu verschlechtern.

Die stark einsetzende Streikbewegung beim Eintritt der Hochkonjunktur 1895 gab den Industriellenverbändlern abermals Anlaß, den **Zusammenschluß der Industrie** zu Klassenkampforganisationen zu propagieren. In der Delegiertenversammlung vom 3. Juli 1896 erinnerte Bueck an die sechs Jahre vorher ergangene Anregung des Direktors Rickel und wies auf die bedeutenden Lohnkämpfe der Arbeiter und auf die großen Summen hin, welche angeblich der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands zur Verfügung ständen, dabei lebhaft bedauernd, daß eine solche Opferwilligkeit in den Kreisen der Industrie, von wenigen Ausnahmen abgesehen, völlig fehle.

Es blieb auch damals noch bei der Anregung, denn ein mächtigerer Einfluß schien den Arbeitgebern die Kosten der gemeinsamen Bekämpfung der Arbeiterorganisationen ersparen zu wollen. Am 17. Juni 1897 kündigte der **Kaiser** zu **Bielefeld** ein Regierungsprogramm an, in dem er die rücksichtslose Niederwerfung jedes Umsturzes und **„die schwerste Strafe für den, der sich unterstehe, seinen Nebenmenschen, der arbeiten wolle, an freiwilliger Arbeit zu hindern,“** verhieß. Und am 7. September 1898 bekräftigte er diese Ankündigung in einem Trinkspruch zu **Oeynhausen** durch die Mitteilung, daß ein Gesetz seiner Vollendung nahe sei, wonach jeder, **„er möge sein, wer er will, und heißen, wie er will, der einen deutschen Arbeiter, der willig wäre, seine Arbeit zu vollführen, daran zu hindern versucht, oder gar zu einem Streik anreizt, mit Zuchthaus bestraft werden soll“.**

Der Ankündigung folgte der Gesetzentwurf im Sommer 1899, der unter dem Namen **„Zuchthausvorlage“** für alle Zeiten bekannt geworden ist. Sein Dasein war ein sehr kurzes — sein Ende ein bezeichnendes, aber wohlverdientes: er wurde unter stürmischer Heiterkeit und Händeklatschen des Reichstags in zweiter Lesung am 20. November 1899 abgelehnt. Tags zuvor hatte der **Centralverband deutscher Industrieller** noch einmal einen krampfhaften Versuch unternommen, zum Schaden der deutschen Arbeiterbewegung von dem Gesetzentwurf zu retten, was möglich war. In einer großen Mitgliederversammlung zu Berlin nahm er eine Resolution an, in welcher er der dem Gesetzentwurf zugrunde liegenden Absicht, jede mißbräuchliche Ausnützung des Koalitionsrechts zu hindern und unter Strafe zu stellen, beipflichtete und den Entwurf als **geeignete** Grundlage für eine dahingehende gesetzliche Regelung empfahl. Obwohl Herr v. Stumm im Reichstage auf diese Resolution verwies, vermochte sie das Schicksal des Entwurfs nicht zu ändern. Unter heißen Tränen der Wut der Scharfmacher verschwand das Zuchthausgesetz im Orkus. Der Schmerz war um so größer, als der Centralverband wenige Monate vorher selbst **12000 Mk.** für die Propaganda dieses Gesetzentwurfs der Regierung zur Verfügung gestellt hatte und damit am deutlichsten dokumentierte, daß er dieses Gesetz als **seinen** Interessen entsprechend anerkannte. Höher verstieg sich **damals** die Opferwilligkeit des industriellen Scharfmachertums nicht. **Heute** ist ihm der hundertfache Betrag jener Summe nicht zu hoch, bei seinem Bestreben, mit der Arbeiterbewegung fertig zu werden.

Nachdem die Hoffnung auf eine staatliche Vernichtung der Arbeiterbewegung getäuscht war, waren die Scharfmacher mehr denn je darauf bedacht, die eigene Organisation der Unternehmer zu stärken und den Kampf gegen die Gewerkschaften systematischer zu gestalten. Mit der Aussperrung von 6000 Hamburger Werftarbeitern im Sommer des Jahres 1900, die herbeigeführt wurde, weil die Arbeiter einen Pfennig Lohnerhöhung forderten, begann die **Aera der großen Massenaussperrungen,** in welcher wiederum der Hamburg-Altonaer Arbeitgeberverband die führende Rolle übernahm. Die mit dem Jahre 1901 einsetzende Periode des wirtschaftlichen Niederganges bot der organisierten Industrie häufig Gelegenheit, diese Aussperrungstaktik ungestraft weiter zu üben. Die Werftindustriellen an der Unterweser, die mit dem Norddeutschen Lloyd unter einer Decke stecken, erdreisteten sich sogar, bei Strafe der Entlassung den Austritt ihrer Arbeiter aus der Verbandsorganisation zu fordern und denjenigen, welche Wert auf Weiterbeschäftigung legten, die Verbandsbücher abzunehmen.

Aber weder diese Repressalien, noch die systematische Aussperrungstaktik vermochten die weitere Entwickelung und den Erfolg der Gewerk-

schaften aufzuhalten. Von 680 000 Mitgliedern im Jahre 1900 stieg ihre Mitgliederzahl bis zum Wiedereintritt des Wirtschaftsaufschwunges 1904 auf 1 052 000 und ihr Kassenvermögen wuchs in dieser Zeit von 7¾ Millionen auf 16,1 Millionen Mark.

Diese trotz ungünstiger Wirtschaftskonjunktur und trotz zahlreicher aufgezwungener Kämpfe bedeutenden Umfanges sich fortsetzende kraftvolle Entwickelung der Gewerkschaften hätte die Unternehmer erkennen lassen müssen, daß gegen solches Leben kein Kraut gewachsen ist. Allgemach ist ja einem Teil der Arbeitgeber diese Einsicht gekommen, vielleicht weniger aus dem äußeren Wachstum der Gewerkschaften, als vielmehr aus ihrem zähen und zumeist erfolgreichen Drängen nach kürzerer Arbeitszeit und besserer Bezahlung der Arbeitskraft und aus den bedeutenden Opfern, die die Streikbewegung und vor allem auch der Aussperrungskrieg vielen Unternehmern verursacht. Ein nicht geringer Teil der Arbeitgeber neigt daher schon seit Jahren der Ansicht zu, daß es vorteilhafter sei, die Gewerkschaften als die **korporativen Vertretungen der Arbeiter anzuerkennen,** mit ihnen auf der Basis von **Macht zu Macht zu verhandeln** und den gewerblichen Frieden durch **vertragsmäßige Festlegung der Arbeitsbedingungen** auf eine Reihe von Jahren hinaus zu sichern. Wie sehr dieser Teil des Arbeitgebertums im Wachsen begriffen ist, bewies die vielseitige Zustimmung, die die **„Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“,** das offizielle Organ der Arbeitgeberverbände, mit ihrem Vorschlag der Anerkennung der Gewerkschaften als vertragsfähige Macht fand. Freilich darf man sich nicht verhehlen, daß diesem Zugeständnis nichts weniger als friedliche Gesinnung gegen die Arbeiterschaft zugrunde lag und es keineswegs die edle Absicht ausschließt, eines Tages mit der ganzen konzentrierten Macht der Arbeitgeberorganisation über die als Vertragskontrahent anerkannte Gewerkschaft herzufallen, wenn die Situation dazu günstig erscheint. Der gegenwärtige Tarifbruch der deutschen **Buchbindereibesitzer** und der darauf inszenierte unverhüllte Vernichtungskampf gegen den Buchbinderverband bietet ein schlagendes Beispiel dafür, was von der Friedensliebe solcher tariffreundlichen Arbeitgeber zu halten ist.

Die tonangebenden Kreise des **Centralverbandes deutscher Industrieller,** die Bueck, Leidig, Beumer und Kirdorf sind aber selbst von **dieser** Anerkennung der Gewerkschaften weit entfernt. Sie haben die Vorschläge der Arbeitgeber-Zeitung in der schärfsten Form zurückgewiesen und es als verfehlt erklärt, den Gewerkschaften auch nur das geringste Entgegenkommen zu zeigen. Sie, die selbst für die Organisation ihrer Klassengenossen unausgesetzt tätig sind, die der Organisation ihren vorherrschenden Einfluß auf das Unternehmertum verdanken, verweigern den **Arbeitern** die Anerkennung des Rechtes auf **Organisation,** — sie, die selbst als Organe der Unternehmerverbände auftreten und handeln, wollen mit Organisationen der **Arbeiter** nichts zu tun haben. Sie sind **gewerkschaftsfeindlich aus Prinzip,** — nicht bloß gegenüber den sogenannten freien Gewerkschaften, weil diese sozialdemokratisch seien, sondern gegen jede Art von Gewerkschaften, die auch nur den leisesten Versuch machen, den Forderungen der Arbeiter durch Kämpfe Nachdruck zu leihen. „Ich lehne es auch ab, mit **christlichen Gewerkschaften** zu verhandeln“, erklärt Herr **Kirdorf** auf der Mannheimer Generalversammlung des Vereins für Sozialpolitik, „denn ich halte die christlichen Gewerkschaften für noch **viel gefährlicher,** als die sozialdemokratischen. Während die sozialdemokratischen Gewerkschaften wenigstens offen sagen, wohin der Weg geht, kämpfen die christlichen Gewerkschaften

unter falscher Flagge; sie kämpfen unter dem **Deckmantel des Christentums.**" Diese scharfe Absage an die christlichen Gewerkschaften bestätigt uns, daß das Scharfmachertum der Großindustriellen jede Art von Arbeiterorganisation mit gleichem Hasse verfolgt, mag sie sich sozialdemokratisch, christlich oder freisinnig oder national nennen; sie beweist uns, daß es das Prinzip der **Arbeiterorganisation** selbst, die gemeinsame Vertretung der Arbeiterinteressen ist, die dem Unternehmertum ein Greuel ist. Für das Scharfmachertum gibt es nur **eine** Arbeiterorganisation, die es in **jedem** Falle bekämpft. Würden alle Arbeiterkreise von dem gleichen Klassenempfinden beseelt sein wie die Unternehmerorganisation, so hätte die Arbeiterzersplitterung längst ihr Ende erreicht.

Die Führer des industriellen Unternehmertums sind aber nicht bloß aus Prinzip gewerkschaftsfeindlich, sondern auch **Gegner aller Tarifverträge.** Das wäre an sich nicht verwunderlich, denn wer es ablehnt, mit Arbeiterorganisationen zu verhandeln, der kann logischerweise auch keinen Tarifvertrag, welcher ja ohne Verhandlung zwischen geordneten Vertretungen auf paritätischer Grundlage nicht zustande kommen kann, anerkennen. Es ist aber nützlich festzustellen, daß der Centralverband deutscher Industrieller seinen ablehnenden Standpunkt gegen Tarifverträge auch noch durch eine besondere **Kundgebung** offiziell festgelegt hat. Am 5. Mai 1905 beschloß derselbe als Protest gegen eine empfehlende Würdigung der Tarifvereinbarungen in den Jahresberichten der bayrischen Gewerbeaufsichtsbeamten folgende Resolution:

„Der Centralverband deutscher Industrieller betrachtet den Abschluß von Tarifverträgen zwischen Arbeitgeberorganisationen und Organisationen der Arbeiter als der deutschen Industrie und ihrer gedeihlichen Fortentwickelung durchaus **gefährlich.** — Die Tarifverträge nehmen ebensowohl dem einzelnen Arbeitgeber die für die sachgemäße Fortführung seines Unternehmens notwendige Freiheit der Entschließung über die Verwendung seiner Arbeiter und die Lohnfestsetzung, wie sie die einzelnen Arbeiter unter die Herrschaft der Arbeiterorganisation zwingen. — Die Tarifverträge sind darüber hinaus nach Ueberzeugung des Centralverbandes, die durch die Erfahrungen in England und Amerika voll bestätigt wird, schwere Hindernisse des technischen und organisatorischen Fortschrittes der deutschen Industrie.

Aus diesen Gründen bedauert der Centralverband insbesondere auch die Entschließung der kgl. bayerischen Staatsregierung vom 2. März 1905, die den Abschluß von Tarifverträgen als eine der vornehmsten Aufgaben der Gewerbeaufsichtsbeamten bezeichnet."

Während also das Bestreben der Gewerkschaften, die Arbeitsbedingungen durch friedliche Vereinbarungen mit den Arbeitgeberorganisationen zu regeln und die für Unternehmer und Arbeiter gleich folgenschweren Lohnkämpfe zu vermeiden, den vollen Beifall der bayerischen Staatsregierung findet, erklärt die einflußreichste Vertretung des großindustriellen Unternehmertums sich als Tarifgegner aus Prinzip.

Noch enragierter trat der Syndikus der Saarbrückener Handelskammer und Führer der saarabischen Großindustriellen, **Dr. Alex. Tille,** gegen die Tarifgemeinschaften auf. Dr. Tille spielte sich noch vor etwa $1^1/_2$ Jahrzehnten unter der jüngeren Gelehrtenwelt als ein äußerst **radikaler** Sozialpolitiker auf, der in der Vertretung einer Art von **aristokratischem** Sozialismus ebenso rücksichtslos gegen die **erbkapitalistische Gesellschaftsordnung,** wie gegen die **erbliche Monarchie** zu Felde zog und der Volksmehrheit ohne weiteres das Recht zuerkannte, **seine angestammten Fürsten mit Gewalt aus dem Lande zu jagen.** Sein

1893 anonym erschienenes Werk **„Volksdienst“** („Von einem Sozialaristokraten“) zeichnete sich durch eine groteske Wiederkäuung unverdauter Lehren eines Darwin, Häckel u. a. moderner Naturforscher und durch eine geradezu **kläglich-absurde** Auffassung und Bekämpfung der Grundsätze des wissenschaftlichen Sozialismus aus. Schon damals spukte aber bei Tille die krankhafte Sucht der Verherrlichung des schrankenlosen Wettbewerbs, bei dem ihm die **Akkordarbeit** als schönster Ausgleich zwischen Selbsttrieb und sittlicher Ueberzeugung galt, die Rücksicht auf den wirtschaftlich Schwachen als Humanitätsduselei und Mitleidsmoral verhöhnt und selbst in der höheren **Kindersterblichkeit** von ihm noch ein bedeutungsvoller Ausleseprozeß erblickt wurde. Man sieht, der Mann, der heute die Moral für einen plumpen Schwindel erklärt und den Kampf gegen die **Moralinseuche** predigt, hat sich in seinen verworrenen Grundanschauungen wenig geändert. Nur in **einem** Punkte fand er es für vorteilhafter, sich zu mausern, indem er den „Volksdienst“ mit dem **Herrendienst**, mit der Stellung eines Generalsekretärs eben im Dienste des vorher so scharf befehdeten **„Erbkapitalismus“** vertauschte. Dazwischen liegen freilich die **„Flegeljahre“**, eine Schrift, die er veröffentlichte („Aus Englands Flegeljahren“ 1901), nachdem ihm die Glasgower Studentenschaft wegen eines Artikels über den Burenkrieg beinahe ein unfreiwilliges Bad bereitet hätte, und in welcher er die englischen Gewerkvereine der Führung eines Kampfes „gegen ihren **Brotquell**, die Unternehmer“, mit allen Mitteln der Heimtücke, Hinterlist und Gewalt bezichtigte, England als einen **„Schattenstaat“** kennzeichnete, weil es Jahrzehnte lang diese Untaten geduldet habe und die Vereinbarung der Arbeitsbedingungen durch die Gewerkvereinsführer und die Schiedsgerichte als den vollendetsten **wirtschaftlichen Unsinn** verhöhnte. Es kann nicht wundernehmen, daß der Centralverband deutscher Industrieller bemüht war, diese „wissenschaftliche Kapazität“ für seinen Dienst zu gewinnen, und noch im selben Jahr finden wir Dr. Tille als neuen Generalsekretär dieses Scharfmacherverbandes. Wenige Jahre später fiel ihm die „geistige Führerschaft“ im Königreiche Stumm zu, wo er, der einstige „Sozialaristokrat“ und „Feind des Erbkapitalismus“, völlig in seinem Element war. Dieser Unternehmervertreter hat jetzt der **Tarifgemeinschaft in aller Form den Krieg erklärt**, indem er die Vorstände der wirtschaftlichen Vereine und des Arbeitgeberverbandes der Saarindustrie veranlaßte, gegen den Buchdruckertarif Stellung zu nehmen. Durch Rundschreiben wurden die Unternehmer aufgefordert, ihre Druckarbeiten nur an **tariffreie** Druckereien zu vergeben, wobei ein Verzeichnis der tariffreien Druckereien Südwestdeutschlands versendet, und der Kampf gegen die **„Tarifknechtschaft“** für die Arbeitgeberverbände der gesamten deutschen Industrie proklamiert wurde. Der Ueber-Scharfmacher hat freilich mit seinem Feldzug gegen das zur Nachahmung reizende gute Beispiel der Buchdrucker-Tarifgemeinschaft wenig Glück gehabt. Von der kapitalistischen Presse sekundierte ihm nur die vom Hamburg-Altonaer Arbeitgeberverband ausgehaltene „Deutsche volkswirtschaftliche Korrespondenz“ und schließlich ließ ihn selbst ein Teil der Saarindustriellen im Stich, als der Streik auf der Burbacher Hütte ihnen zeigte, daß sogar im Saarrevier ein Regime nach den Theorien Tilles geeignet ist, die schwersten Katastrophen heraufzubeschwören. Trotz dieses verunglückten Kampfes gegen die Buchdrucker-Tarifgemeinschaft sind die maßgebenden Kreise der Unternehmerorganisation nach wie vor tariffeindlich und sie werden auch in Zukunft sich jedem Fortschritt auf diesem Gebiete nach Kräften entgegenstemmen.

Wie die Unternehmerverbände prinzipielle Gegner der Gewerkschaften und Tarifverträge sind, so ist ihnen auch jeder **gesetzliche Arbeiterschutz** von Grund aus verhaßt. Zahllos sind ihre Kundgebungen gegen die gesetzliche Arbeitszeitregulierung, gegen den gesetzlichen Schutz der Arbeiterinnen, Jugendlichen und Kinder. Dem mächtigen Einflusse des Centralverbandes deutscher Industrieller in erster Linie ist es zuzuschreiben, daß die Reichsregierung sich weigert, den **gesetzlichen Zehnstundentag**, auch nur für die Frauen, einzuführen. Obwohl der Zehnstundentag in der Mehrzahl der deutschen Fabriken bereits durchgeführt ist und seine günstigen Wirkungen nicht bloß von den Fabrikinspektoren, sondern selbst von zahlreichen Arbeitgebern rühmend hervorgehoben werden, halten die leitenden Kreise der Großindustrie aus Prinzip daran fest, daß die Regelung des inneren Betriebes nicht Aufgabe des Staates, sondern einzig des Betriebsunternehmers sein dürfe, der **„Herr in seinem Hause"** bleiben müsse. Dieser Widerstand gegen den zeitgemäßen Fortschritt der Arbeitszeitverkürzung war es, der den großen Kampf von **Crimmitschau** herbeiführte, der zugleich die kapitalistische Aussperrungstaktik in ihrer ganzen Brutalität kennzeichnete und die Opferfreudigkeit der Arbeiterklasse zu den höchsten Leistungen anspornte. Für das Unternehmertum wurde dieser Kampf der Ausgangspunkt der Zusammenschlußbestrebungen, die mit der Gründung der beiden Arbeitgebercentralen und der beiden Streikversicherungsverbände, die wir bereits eingangs erwähnten, ihren Abschluß fanden. Auch der **große Bergarbeiterkampf im Ruhrrevier** ist in seinen letzten Ursachen auf die brüske Ablehnung einer der schweren Bergwerksarbeit angemessenen Arbeitszeitregelung (der Achtstundenschicht einschl. Ein- und Ausfahrt) und auf die mangelnde Initiative der Gesetzgebung zurückzuführen. Während des Crimmitschauer Kampfes stellte sich die Regierung noch auf die Seite des Unternehmertums, beim Ruhrkohlenstreik war die öffentliche Meinung bereits stark genug, der Regierung ein Eingreifen zugunsten der Arbeiter aufzudrängen.

Aus beiden Kämpfen hat das Scharfmachertum nichts gelernt. Im Januar dieses Jahres verfügte der preußische Eisenbahnminister v. Budde die Einführung des **Neunstundentages** in den Eisenbahnwerkstätten. Darob große Entrüstung im Lager der maßgeblichen Scharfmacherkreise, vielleicht weniger wegen des Neunstundentages selbst, der bereits in einer großen Anzahl von Privatbetrieben der Maschinenbaubranche eingeführt ist, als vielmehr deshalb, daß die Regierung den Arbeitern einen sozialpolitischen Fortschritt zugesteht, ohne vorher die „Industrie" um ihre **Einwilligung** zu befragen. Der **Verein deutscher Maschinenbauanstalten** nahm in einer Sitzung vom 7. Februar d. Js. zu der erwähnten Verfügung Stellung und beschloß, dagegen beim Minister vorstellig zu werden. Die **„Metallarb.-Ztg."** hat sich das Verdienst erworben, das Protokoll dieser Sitzung weiteren Kreisen zur Kenntnis gebracht zu haben. Da plaudert der Direktor Majert in harmlosester Weise aus, wie es einem staatlichen Beamten, Vorsteher einer Eisenbahnwerkstätte, der beauftragt war, sich gutachtlich über die voraussichtliche Wirkung der Arbeitszeitverkürzung auf die Industrie des Ortes zu äußern, gar nicht unlieb sei, berichten zu können, daß die umwohnenden Industriellen von der Absicht der Staatsregierung keineswegs erbaut seien. Den Berliner Fabrikanten Flohr, der auf die überwiegende Einführung des Neunstundentages in der Berliner Industrie hinwies und sich auf die Empfehlung des Verbandes Berliner Metallindustrieller berief, in Rücksicht auf die Berliner Arbeitsverhältnisse dem Neunstundentag zuzustimmen, fertigte man mit der kategorischen Erwiderung ab, daß,

wenn man den Neunstundentag konzediere, eine Menge von Werken zur **achtstündigen Schicht** übergehen müsse und daß, da die Leute nicht ohne Unterbrechung 8 Stunden arbeiten könnten, man noch unter die 8 Stunden herabgehen müsse. Charakteristisch war der dringende Rat des Herrn **Beumer**, von diesen Verhandlungen **ja nichts in die Presse kommen zu lassen**, da man sonst dem Minister den Rückzug erschwere. **„Wenn Sie aber jetzt etwas in die Zeitungen hineinbringen** — es wird sich auch um die Festlegung des **Protokolls** handeln, ob Sie da alles, was hier gesprochen wird, **veröffentlichen** wollen —, **dann werden Sie einen großen Sturm in der Oeffentlichkeit heraufbeschwören,** der nachher dem Minister die Verhandlung mit Ihnen und auch die Erfüllung Ihrer Wünsche außerordentlich schwierig macht."

Die Furcht der Scharfmacher vor der **Oeffentlichkeit** hat zweifellos ihre guten Gründe. Die Herren empfinden selbst, wie **volksfeindlich** ihr Einfluß ist, und wie sehr die Regierung sich desselben vor der Oeffentlichkeit zu **schämen** hat. Haben doch die jüngsten Reichstagsverhandlungen über die Arbeitszeit in den staatlichen Marinebetrieben gezeigt, wie sehr das Deutsche Reich hinter den Vereinigten Staaten, England, Frankreich und Italien, ja selbst hinter Norwegen und Spanien zurückgeblieben ist. Die hinterlistigen Meuchelpläne der Scharfmacher gegen den **Neunstundentag** beweisen in der Tat, daß dieses Treiben das Licht des Tages zu scheuen hat. Deshalb umgaben sie ihre Umsturzpläne gegen zeitgemäße Verfügungen der Regierung mit dem schützenden Dunkel der Heimlichkeit.

Nicht minder bezeichnend waren die Beratungen desselben Vereins über die durch die Berggesetzreform aktuell gewordene Frage der **Arbeiterausschüsse.** Da erklärte Herr Bueck als Referent mit Genugtuung, daß es dem **preußischen Landtag** zu danken sei, wenn die Bestimmungen der Berggesetznovelle so **gemäßigt** ausfielen, weil dort keine **Sozialdemokratie** die Mehrheit beeinflusse. „Wenn es sich um eine Frage im **Reichstage** handelte, **so würde diese Sache ganz anders behandelt werden, als im preußischen Abgeordnetenhaus und im preußischen Herrenhaus.**"

Ein vernichtenderes Urteil gegen das Unrecht des preußischen **Dreiklassenwahlsystems** hätte Herr Bueck kaum finden können. Der **Wahlentrechtung des Volkes** ist es also zuzuschreiben, daß die Wünsche der Arbeiter in der Berggesetzreform so wenig berücksichtigt, ja geradezu verhöhnt worden sind, und wie hier, so auf allen Gebieten der Landesgesetzgebung. So urteilen die Herren, wenn sie im engsten Kreise, **unter Ausschluß der Oeffentlichkeit,** tagen!

Noch ungenierter sprach man sich in der Verbandsversammlung der **Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände** aus, die am 8. Dezember 1905 im Savoyhotel zu Berlin tagte. Zur Verhandlung stand der Geschäftsbericht des Herrn A. Bueck, der in einer glühenden Propagandarede für die **Arbeitgeberorganisation** ausklang. In der Debatte ergriff der Führer der sächsischen Textilindustriellen, der aus dem Crimmitschauer Kampfe bekannte Kommerzienrat **Vogel,** das Wort, um die Unternehmer zu größerer Opferwilligkeit anzuspornen. Nach dem gleichfalls durch die „Metallarbeiter-Zeitung" veröffentlichten Sitzungsbericht erklärte dieser Herr:

„Unser Generalsekretär Bueck hat uns vorhin gesagt, daß unsere Hauptstelle Arbeitgeber mit 500 Millionen Mark Lohnsumme vereinigt. Wenn wir uns in eine Linie stellen mit unseren Arbeitern,

würden wir jährlich 5 Millionen aufbringen. Denn im großen ganzen zahlen die Arbeiter 1 Proz. ihres **Lohnes** —

der in keinem Verhältnis steht — das werden Sie ohne weiteres zugeben — mit den Erträgnissen unserer Fabriken und mit dem Einkommen unseres Standes.

Die Leute bringen 1 pro 100 auf. Wenn wir den Neuanzuwerbenden sagen: In unseren Arbeitgeberverbänden nehmen wir ½ oder 1 pro Mille, so ist das erste, daß sie darum feilschen, daß dieses ganze oder halbe pro Mille zu hoch sei, daß sie es gar nicht nötig hätten, ein Eintrittsgeld zu bezahlen oder wenigstens den Jahresbeitrag nur für das halbe Jahr entrichten wollen, daß jeder eine besondere Vergünstigung für sich haben will. **Und im Falle des Streiks — kann bei manchen der Mund nicht weit genug aufgerissen werden, wie weit sie entschädigt werden sollen. Meine Herren, das ist das Bild!** Und ich glaube, es ist sehr wünschenswert, gegenüber den letzten Vorkommnissen — die rote Welle dringt bis zu uns herüber, — Ihnen zu zeigen, wie groß die Gefahr ist, wenn wir uns nicht aufrichten. Meine Herren, sind wir denn weniger als Arbeiter? Haben wir nicht vermöge unserer Kapitalkraft, unseres Verstandes, unseres Wissens viel mehr Chancen...? Ich habe seinerzeit in Berlin an dieser Stelle gesagt: **Meine Herren! Einen Juliusturm müssen wir bauen,** wir müssen einen **Turm** bauen, wo wir soviel **Kapitalien** festlegen, daß wir jeder Eventualität ruhig entgegensehen können. Das elende Gebäude, das wir jetzt haben, wo wenige Hunderttausende wie in einem kleinen Pott, in eine Schachtel hineingetan worden sind, das imponiert den Arbeitern nicht, die ungefähr 20 Millionen in den Banken liegen haben und über ganz andere Opferfreudigkeit verfügen. Ich habe gestern die Freude gehabt, eine Anzahl Industrieller aus Süddeutschland zu sprechen; die sagten: **„Wir haben dieses Jahr ein gutes Jahr gehabt,** wir werden in unseren Generalversammlungen beantragen, ein Prozent der an die Arbeiter gezahlten Lohnsumme auf die Kante zu legen für alle Zwecke, wie sie von Arbeitgeberverbänden gefördert werden". Ich hätte persönlich gewünscht, daß es uns noch **viel, viel schlechter geht.** Vielleicht wären wir dann noch einmal zusammen gekommen und jeder hätte in die **Tasche** gegriffen **und im Handumdrehen hätten wir zehn Millionen bekommen!"**

So der sächsische Oberscharfmacher Vogel, der ebensogut über die Erträgnisse der Fabriken, als über die niedrigen Arbeiterlöhne Bescheid weiß und die **gefüllten Taschen seiner Arbeitgeberfreunde,** aber auch deren Knauserigkeit und mangelnden Opfersinn zur Genüge kennt. Das leuchtende Beispiel bewunderungswürdiger Opferfreudigkeit, das die armen Arbeiter ihren reichen Ausbeutern geben, wird auf die letzteren wohl immer ohne Eindruck bleiben.

Verfehlt wäre es aber, daraus den Schluß zu ziehen, daß die Arbeitgeberorganisation den Gewerkschaften nie ernstlich gefährlich werden könne. Die Stärke der Arbeiterorganisation beruht ganz wesentlich auf dem Vorhandensein verfügbarer Millionenfonds, um jederzeit Tausende von streikenden oder ausgesperrten Arbeitern, die nichts als ihre Arbeitskraft besitzen, unterstützen, mit dem Nötigsten versehen zu können. Die Widerstandskraft der Unternehmerorganisation basiert hauptsächlich auf der Ausschaltung des unlauteren Wettbewerbs, der aus der Streikkalamität des einzelnen Nutzen zieht. Die Entschädigung für Streikverluste hat

hier mehr die Bedeutung eines Lockmittels für die kleinen Gewerbetreibenden, die den Großen zwar inmitten eines Kampfes recht unbequem werden können, an deren Erhaltung aber den Industriellen sowieso sehr wenig gelegen ist. Die Großindustrie bedarf der Entschädigung nicht, zumal die fortschreitende Kartellierung die Streikverluste auf ein Minimum reduziert. Der Streik im Ruhrkohlenrevier hat dem Kohlensyndikat keinen ernsthaften Schaden zugefügt, der nicht durch spätere Mehrförderung und Preissteigerung ausgeglichen wäre.

Die Streikversicherung wird immer nur von untergeordneter Bedeutung für die Unternehmerkämpfe sein. Wenn das Unternehmertum sonst in jeder Beziehung einig ist und sich nicht gegenseitig in den Arm fällt, so wird es für die Gewerkschaftsbestrebungen schon ein ernstes Hindernis bilden. So hat die Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände, wie aus einem ohne ihr Zutun veröffentlichten Sitzungsbericht hervorgeht, im April d. Js. anläßlich eines Kutscher- und Möbelpackerstreiks in Magdeburg den noch jungen Arbeitgeberverband der Speditions- und Transportunternehmungen derart unterstützt, daß der Streik ebensoviele Wochen dauerte, als man ihn vorher nach Tagen berechnet hatte, und schließlich mit geringfügigen Zugeständnissen aufgehoben werden mußte. Der Ausgang dieses Kampfes bildete den Anlaß, daß das Magdeburger Gewerkschaftskartell eingehend das Thema **„Gewerkschaften und Unternehmerverbände"** erörterte und das darüber gehaltene Referat als Broschüre erscheinen ließ.*) Auch der Kampf im Zeitz-Weißenfelser Braunkohlenrevier wurde wesentlich durch das Eingreifen der Hauptstelle verlängert und in seinem Erfolge für die Arbeiter erheblich beeinträchtigt. Das beweist uns zur Genüge, wie nachteilig es wäre, die Bedeutung der Arbeitgeberorganisation lediglich nach deren finanziellem Opferaufwand einzuschätzen. Dies würde stets zur Unterschätzung unserer Gegner führen. Wir haben keinen Grund, angesichts der erfreulichen Entwickelung unserer Gewerkschaften an Mitgliedern und Finanzmitteln, trübe in die Zukunft zu schauen. Eine Klasse, die ein solches Maß von Opferfreudigkeit und Widerstandskraft bekundet, wird sich nicht so leicht niederringen lassen. Aber wir dürfen auch die natürliche Ueberlegenheit unserer kapitalkräftigen Gegner nicht vergessen und ihre durch Organisation erhöhte Widerstandskraft nicht zu gering einschätzen, wenn wir uns vor üblen Erfahrungen bewahren wollen.

* * *

Um so mehr aber erwächst allen Arbeitern die Pflicht, die Widerstandsfähigkeit der **Gewerkschaftsorganisation** zu stärken. Zehntausende von Arbeitern stehen ihrer Berufsorganisation noch fern, — Hunderttausende sind in zahlreichen Industrien noch für die Organisation zu gewinnen, — Millionen stehen heute noch abseits der Gewerkschaftsbewegung und entziehen sich der gemeinsamen Sache, ihre Kraft, die sie in den Dienst der gemeinsamen Sache stellen müßten, in nutzlosem Spiel, Sport und Vereinstreiben vergeudend. Um wieviel leichter, rascher und erfolgreicher könnte der Kampf der Gewerkschaften sein, wenn heute die Mehrheit der Arbeiter hinter ihrer Organisation stände, und wie viele Kämpfe würden vermieden, wie viele Zugeständnisse der Arbeitgeber durch friedliche Vereinbarungen gesichert werden, wenn das Unternehmertum nicht mit der Gleichgültigkeit eines großen Teils der Arbeiter rechnen könnte. Die Gewerkschaften repräsen-

*) Aug. Müller: „Gewerkschaften und Unternehmerverbände". Preis 30 Pfennig. Verlag des Gewerkschaftskartells Magdeburg.

tieren nur etwa 20 Prozent der beschäftigten Arbeiter, — erklärte das Organ des Centralverbandes deutscher Industrieller, — deshalb kann uns niemand zumuten, sie als die Vertretung des Arbeiterstandes anzuerkennen! So trägt die Teilnahmlosigkeit eines großen Teils der Arbeiter dazu bei, den ärgsten Arbeiterfeinden das Rückgrat zu steifen. Wenn diese Arbeiter nur einmal darüber nachdenken würden, wie sehr sie sich durch ihr unwürdiges Verhalten **ins eigne Fleisch schneiden,** dann würden sie sich eines Besseren besinnen. Da diese Erkenntnis aber nicht von selbst kommt, so ist es die Pflicht ihrer organisierten Klassengenossen, ihnen dies so eindringlich als möglich zu sagen.

Wer seine Organisationspflicht nicht erfüllt, schädigt sich selbst und seine Familie, seinen Beruf und den ganzen Arbeiterstand.

Aber auch die **Organisationszersplitterung** der Arbeiter kommt den Gegnern zugute. Wo in aller Welt gibt es ein Beispiel, daß das Unternehmertum seine Wirtschaftsinteressen in religiöse und politische Formeln zwängt und sich in religiöse, konfessionelle und politische Verbände zersplittert? Unsere Gegner wissen nur zu gut, daß ihre Herrschaft auf einheitlichen und darum starken wirtschaftlichen Verbänden beruht. Die Arbeiterorganisation sucht man indes zu schwächen, indem man besondere politische, christliche und nationale Gewerkschaften propagiert und zwischen den Arbeitern künstliche Schranken aufrichtet, durch Hervorrufung von Gegensätzen die notwendige Einigkeit aller Arbeiter gegenüber den vereinigten Arbeitgebern unterbindet. Als Folge zeigt uns die Erfahrung, daß die solcherweise mißleiteten Arbeiter sich bei Lohnkämpfen gegenseitig in den Rücken fallen, den Unternehmern Streikbrecher zur Verfügung stellen und die eigenen Klassengenossen der bürgerlichen Justiz in die Hände liefern. Solchem **Organisationswirrwarr** gegenüber hat das Unternehmertum ein **leichtes Spiel.** Nur dort, wo die Arbeiterschaft ohne Unterschied der religiösen oder politischen Ueberzeugung geschlossen vorgeht, ist ihr Widerstand erfolgreich. Auch die **öffentliche Meinung** wird den Arbeitern nur dann helfend zur Seite stehen, wenn sie einig sind, wie das Beispiel des Ruhrkohlenkampfes bewies. Erschwerung der gewerkschaftlichen Ausbreitung und Arbeit, Verbitterung des kollegialen Verhältnisses, Verkümmerung des gewerkschaftlichen Erfolges, Stärkung des Widerstandes der Arbeitgeber, das ist das traurige Fazit der von Arbeiterfeinden systematisch gepflegten Sonderbündelei.

Stark und einheitlich muß die Organisation sein, die den Arbeitgebern Respekt einflößt!

Der Zusammenschluß des Unternehmertums lehrt uns, daß es dringend notwendig ist, **der Organisationszersplitterung ein Ende zu machen** und den Gegnern nur die **eine** kampferprobte Arbeiterorganisation entgegenzustellen, die durch die **gewerkschaftlichen Centralverbände,** vereinigt in der **Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands,** vertreten wird. Diesen Verbänden müssen sich alle Außenstehenden anschließen; diesen Gewerkschaften sind auch diejenigen Arbeitsgenossen zuzuführen, die bisher des Glaubens waren, auch in einem christlichen oder Hirsch-Dunckerschen Gewerkverein oder in einer lokalistischen Vereinigung ihre gewerkschaftlichen Interessen vertreten zu finden.

* * *

An Euch, Arbeitsgenossen oder Arbeitsgenossinnen, die Ihr den Gewerkschaften noch fernsteht, ergeht die Aufforderung, der Organisation

Eures Berufes beizutreten oder, falls Ihr bereits Mitglied derselben seid, **durch diese Flugschrift weitere Mitglieder für dieselbe zu werben.**

Folget dem Mahnruf zur Organisation!

Es ist hohe Zeit, den Beitritt zu beschleunigen. **Ernste Kämpfe stehen der Arbeiterschaft bevor.** Wartet nicht erst den Tag ab, an dem die Arbeitgeber die fortgesetzt angedrohten **Riesenaussperrungen** zur Tatsache machen. Sichert Euch durch sofortigen Eintritt in den Verband alle Rechte und tragt zu Eurem Teil dazu bei, die Reihen der Arbeiter zu einer unüberwindlichen Phalanx zu gestalten.

Arbeiter und Arbeiterinnen!

Ihr verdientet Euer Los, bis an Euer Lebensende geknechtet, unterdrückt und verhöhnt zu werden und an Euren Kindern und Kindeskindern das gleiche Schicksal sich vollziehen zu sehen, wenn Ihr Euch nicht zur Wehr setztet.

Darum hinein in die Gewerkschaften!

Das ist die beste Antwort
auf die Kampfdrohungen des organisierten Unternehmertums!

Auskunft über den Beitritt zur Gewerkschaftsorganisation erteilen bereitwilligst die Gewerkschaftsvorstände und Vertrauensleute an jedem Orte. Wo solche Auskunft aus irgend welchen Gründen nicht zu erhalten ist, wende man sich an die zuständigen Verbandsleitungen, deren Adressen nachstehend angegeben sind. Die sämtlichen nachstehend aufgeführten Gewerkschaften nehmen auch die weiblichen Arbeitskräfte des Berufes als Mitglieder auf, soweit solche in nennenswerter Anzahl in den betreffenden Berufen vorhanden sind. Der Kürze wegen ist das bei den Titeln der einzelnen Organisationen nicht besonders hervorgehoben.

Adressen der Vorsitzenden der deutschen Centralvereine.

1. **Asphalteure.** Fr. Weiglin, Beusselstr. 19, part. Berlin NW. 87.
2. **Bäcker.** O. Allmann, Marxstr. 6, pt., Hamburg 23.
3. **Barbiere.** Fr. Etzkorn, Osterstr. 166, Hamburg 19.
4. **Bauhilfsarbeiter.** Gust. Behrendt, Klosterstr. 8 I, Hamburg 7.
5. **Bergarbeiter.** H. Sachse, Wiemelhauserstr. 38/40, Bochum.
6. **Bildhauer.** P. Dupont, Solmsstr. 33, 2. Et., Berlin SW. 29.
7. **Blumen-, Feder- und Blätterarbeiter.** Frau Emma Ihrer, Schloßstr. 8, 1. Et., Pankow b. Berlin.
8. **Böttcher.** C. Winkelmann, Hankenstr. 21/22, Bremen.
9. **Brauereiarbeiter.** G. Bauer, Münzstr. 5, 3. Et., Hannover.
10. **Buchbinder.** E. Kloth, Kottbuserdamm 23, 1. Et., Berlin S. 59.
11. **Buchdrucker.** E. Döblin, Chamissoplatz 5, 3. Et., Berlin SW. 29.
12. **Buchdrucker** (Elsaß-Lothringen). A. Schmoll, Langgasse 146, Straßburg i. Els.
13. **Buch- und Steindruckerei-Hülfsarbeiter.** Frau Paula Thiede, Elbingerstr. 19, 2. Et., Berlin NO. 18.
14. **Bureauangestellte.** Gustav Bauer, Dänenstr. 1, 1. Et., Berlin N. 58.
15. **Dachdecker.** G. Diehl, Brückenstr. 31, Frankfurt a. M.

16. **Eisenbahner.** H. Jochade, Ausschläger-Allee 32, Hamburg 27.
17. **Fabrik-, Land- und gewerbliche Hilfsarbeiter.** A. Brey, Münzstr. 5, Hannover.
18. **Fleischer.** Paul Hensel, Dragonerstr. 15, Berlin O. 54.
19. **Formstecher.** C. Schubart, Koloniestr. 70, b. 4. Et., Berlin N. 20.
20. **Gärtner, Gartenarbeiter und Blumengeschäftsangestellte.** Georg Schmidt, Metzerstr. 3, Berlin N. 37.
21. **Gastwirtsgehilfen.** Hugo Poetzsch, Elbingerstr. 21, Berlin NO. 18.
22. **Gemeindebetriebsarbeiter.** Albin Mohs, Winterfeldtstr. 24, Berlin W. 30.
23. **Glasarbeiter.** E. Girbig, Goßlerstr. 29, 2. Et., Berlin O. 17.
24. **Glaser.** Herm. Eichhorn, Wilhelmstr. 47, Karlsruhe.
25. **Graveure und Ziseleure.** Ernst Brückner, Mariannenplatz 5, Hof, 1. Et., Berlin SO. 26.
26. **Hafenarbeiter.** J. Döring, Gänsemarkt 35, 1. Et., Hamburg.
27. **Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter.** O. Schumann, Engelufer 21, Berlin SO. 16.
28. **Handlungsgehilfen und -Gehilfinnen.** Max Josephsohn, Marktstr. 186, Hamburg 6.
29. **Handschuhmacher.** E. Leister, Tilsiterstr. 40, 2. Et., Berlin O. 34.
30. **Holzarbeiter.** C. Kloß, Adlerstr. 43, Stuttgart.
31. **Hutmacher.** A. Metzschke, Kreuzstr. 7, Altenburg, S.-A.
32. **Konditoren.** C. Völk, Seilerstr. 32, 4. Et., Hamburg 4.
33. **Kupferschmiede.** F. Bischoff, Friedenstr. 4, Hamburg 23.
34. **Kürschner.** Ernst Schubert, Wohldorferstr. 13, Hamburg 22.
35. **Lagerhalter.** Franz Reinsdorf, Markt 17, Leipzig-Lindenau.
36. **Lederarbeiter.** H. Mahler, Engelufer 15, 4. Et., Berlin SO. 16.
37. **Lithographen und Steindrucker.** (Deutscher Senefelderbund). O. Sillier, Anklamerstr. 27, 1. Et., Berlin N. 28.
38. **Maler.** A. Tobler, Schmalenbeckerstr. 17, 2. Et., Hamburg-Barmbeck.
39. **Maschinisten und Heizer.** F. Scheffel, Pücklerstr. 45, Berlin SO. 33.
40. **Maurer.** Th. Bömelburg, Besenbinderhof 56, Hamburg 7.
41. **Metallarbeiter.** A. Schlicke, Rötestr. 16b, Stuttgart.
42. **Müller.** H. Käppler, Zwickauerstr. 12, Altenburg, S.-A.
43. **Notenstecher.** M. Löblich, Thalstr. 27, 1. Et., Leipzig.
44. **Portefeuiller.** H. Weinschild, Waldstr. 8, 1 Et., Offenbach a. M.
45. **Porzellanarbeiter.** Georg Wollmann, Rosinenstr. 3, Seitenflügel, 2. Et., Charlottenburg.
46. **Sattler.** P. Blum, Adalbertstr. 56, Berlin SO. 16.
47. **Schiffszimmerer.** W. Müller, Banksstr. 144, Hamburg 17.
48. **Schirmmacher.** Carl Lohse, Düsseldorf, Kasernenstr. 63.
49. **Schmiede.** F. Lange, Herderstr. 2, Hamburg-Uhlenhorst.
50. **Schneider.** H. Stühmer, Köpenickerstr. 32, 1. Et., Berlin SO. 16.
51. **Schuhmacher.** J. Simon, Fenitzerplatz 4, Nürnberg.
52. **Seeleute.** Paul Müller, Hafenstr. 116, 1. Et., Hamburg-St. Pauli.
53. **Steinarbeiter.** Paul Starke, Zeitzerstr. 32, Leipzig.
54. **Steinsetzer.** W. Wagner, Wiclefstr. 16, 1. Et., Berlin NW. 21.
55. **Stukkateure.** Chr. Odenthal, Am Holsteinischen Kamp 39 a II, Hamburg 22.
56. **Tabakarbeiter.** Carl Deichmann, Marktstr. 18, 3. Et., Bremen.
57. **Tapezierer.** L. Grünwaldt, Steindamm 99, 2. Et., Hamburg-St. Georg.
58. **Textilarbeiter.** C. Hübsch, Andreasstr. 61, Berlin O. 27.
59. **Töpfer.** A. Drunsel, Engelufer 15, Berlin SO. 16.
60. **Vergolder.** Heinrich Späthe, Wilsnackerstraße 39, Berlin NW. 5.
61. **Wäschearbeiter.** Paul Keller, Neue Königstr. 7, 1. Et., Berlin NO. 43.
62. **Zigarrensortierer.** C. Arnhold, Marktstr. 127, Hths., Hamburg 6.
63. **Zimmerer.** F. Schrader, Feßlerstr. 28, 1. Et. links, Hamburg-Barmbeck.
64. **Zivil-Musiker.** Gottl. Fauth, Hellkamp 33, 3. Et., Hamburg 19.

Druck: Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. 68.